

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

25. Sitzung vom 28. Juni 2021 von 19:00 bis 21:54 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Meinrad Meyer, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz **Einwohnerrat 19:00 – 21:24 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrats: 35
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Einwohnerrat 21:24 – 21:40 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 34
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 23

Einwohnerrat 21:40 – 21:54 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 33
Absolutes Mehr: 17
Zweidrittelsmehr: 22

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Roland Vogt, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Thomas Burkard, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Jessica Wüest, Kanzlei
Sarah Donat, Kanzlei
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Matthias Schatzmann, Chef-Stv. Regionalpolizei
Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales & Bildung
Magnus Hoffmann, Leiter Soziale Dienste

Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen & Ressourcen
Gerold Brunner, Leiter Regionales Betriebsamt
Roland Frick, Leiter Finanzen
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau & Umwelt
René Aletz, Teamleiter Facility Management

Entschuldigungen

Mika Heinsalo, FDP/Dorfteil Anglikon
Max Hüsler, SVP
Mergim Gutaj, SP
Josef Muff, SP
Andreas Eberhart, SVP
Ruedi Donat, Die Mitte, **anwesend ab 19.05 Uhr**
Harry Lütolf, Die Mitte, **anwesend ab 19.17 Uhr**

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14118)
3. Bericht und Antrag 14120 Erhöhung Stellenplan für die Abteilungen
 - Finanzen
 - Betreibungsamt
 - Regionalpolizei
 - Schule (Schuladministration Regelschule)
 - Liegenschaften und Anlagen (inkl. Hauswarte und Reinigungspersonal)
4. Bericht und Antrag 14121 Entwicklung Bahnhof Wohlen – Neubau P+R-Anlage – Baurechtsvertrag mit den Schweizerischen Bundesbahnen SBB
5. Bericht und Antrag 14122 Reglement über das Parkieren in der Gemeinde Wohlen (Parkierungsreglement) – Revision
6. ~~Antwort zur Anfrage 14113 betreffend Demo vom Samstag, 20. Februar 2021~~
Das Geschäft wird verschoben.

Meyer Meinrad, Präsident: Leider konnte ich die Sitzung für den Match der Schweizer Fussballnationalmannschaft gegen Weltmeister Frankreich von heute Abend 9 Uhr nicht mehr vorverschieben. Ich behalte mir aber vor, die Sitzung vorzeitig, hoffentlich für die 2. Halbzeit ausreichend, zu beenden. Bis Traktandum 5 ist aber Pflicht für heute. Ich wünsche uns einen effizienten Sitzungsverlauf.

Speziell begrüßen möchte ich, zu ihrer letzten Geschäftsberichtssitzung:

- Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
- Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege

Rolf Stadler ist seit 46 Jahren an der Schule Wohlen tätig und war die letzten 13 Jahre Präsident der Schulleiterkonferenz. Franco Corsiglia ist seit 16 Jahren Präsident der Schulpflege. Beide Herren möchte ich jetzt schon, für ihre Arbeit danken und sie zur letzten Sitzung in diesem Jahr am 6. Dezember 2021 ganz herzlich zur Verabschiedung einladen.

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 26. April 2021 zu verzeichnen:

- Anfrage 14119 von Denise Strasser, FDP, betreffend Verkehr in Wohlen
- Antwort zur Anfrage 14113 betreffend der Demo vom Samstag, 20. Februar 2021
- Bericht und Antrag 14120 Erhöhung Stellenplan für die Abteilungen – Finanzen – Betriebsamt – Regionalpolizei – Schuladministration – Liegenschaften und Anlagen (inkl. Hauswarte und Reinigungspersonal)
- Bericht und Antrag 14121 Entwicklung Bahnhof – Neubau P+R Anlage – Baurechtsvertrag mit den Schweizerischen Bundesbahnen SBB – Genehmigung
- Bericht und Antrag 14122 Reglement über das Parkieren in der Gemeinde Wohlen (Revision Parkierungsreglement)
- Einladung zur 25. Sitzung des Einwohnerrates vom 28. Juni 2021
- Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung 2020 von der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- Bestätigungsbericht zur Rechnungsprüfung 2020 mit der Empfehlung zur Genehmigung der Rechnung 2020 von der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- Antwort zur Anfrage 14119 betreffend Verkehr in Wohlen
- Anfrage 14123 betreffend aktiver Land- und Bodenpolitik der Gemeinde Wohlen
- Anfrage 14124 zur Motion für den Erhalt der Primarschule bis zur 4. Klasse im Dorfteil Anglikon

Fraktionserklärung

Büchi Roland, SVP: Das Schweizer Stimmvolk hat am 13. Juni 2021 mit 51.6% Nein zu einem teuren, nutzlosen und ungerechten CO2-Gesetz gesagt und somit ein deutliches Zeichen gesetzt. Das Schweizer Stimmvolk will keine höheren Treibstoffpreise, das Schweizer Stimmvolk hat keine Lust auf höhere Mieten oder Verbote in seinem Eigenheim, das Schweizer Stimmvolk hat keine Lust auf Flugticketabgaben oder eine höhere Belastung der Familien und das Volk hat keine Lust auf den Ausbau einer Armada von Bundesstellen im Departement Sommaruga, welche zukünftig die linken Weltverbesserer finanziell unterstützen sollen. Das Schweizer Stimmvolk ist aber nicht generell gegen eine Verbesserung vom Klima, es sagte nur Nein zu linken ideologischen Träumereien!

Auch das Wohler Stimmvolk hat mit fast 57% Nein-Stimmen und das bei einer Stimmbeteiligung von über 54% ein deutliches Zeichen gesetzt, was sie von der linken Politik hält. Kein Gesetz mit Verzichten, Verboten und einer Bevormundung des Bürgers löst unser Problem mit dem Klima. Wir können das weltweite Klima nicht retten. Wir können auch in der Schweiz nicht dafür sorgen, dass unsere Gletscher weniger schnell schmelzen oder dass zukünftig keine Unwetter oder Überschwemmungen unsere Regionen erreichen. Dafür sind wir, die Schweiz eindeutig zu klein und die Musik spielt da leider in einer ganz anderen Liga! Was nützt uns eine Vorreiterrolle im Pariser Klimaabkommen, wenn sich die grössten Klima-Sünder wie USA, China, Russland oder Indien nicht dafür interessieren?

Das sollte hoffentlich nach diesem Abstimmungswochenende auch bei unserem Gemeinderat angekommen sein. Auch der Gemeinderat von Wohlen setzt mit seinen ideologischen Klimazielen Zeichen, die nicht notwendig sind. Auch unser Gemeinderat kann weder das weltweite Klima oder nur schon das Klima in der Schweiz retten. Was nützt uns das Label einer Energiestadt, oder was nützen uns Eigentümerstrategien mit einer IBW oder einem Sportpark Bünzmatt AG, wenn sie dazu verpflichtet werden, auf diesen egoistischen Energiehype aufzusteigen und dafür unnötig und sinnlos Geld verschwenden, mit z.B. der Pflicht Öko-Strom zu beziehen. Am Ende des Tages darf das der Steuerzahler mit höheren Gebühren oder Steuern bezahlen. Dieser Irrsinn muss ein Ende haben!

Wir fordern den Gemeinderat an dieser Stelle auf, seinen linken ideologischen Umweltkurs abubrechen und seine zukünftigen Klima- und Energieziele in seinen Strategiepapieren der Meinung seiner Bevölkerung anzupassen. Unsere Gemeinde hat andere, grössere Probleme, die zu lösen sind. Wohlen hat am letzten Abstimmungswochenende einem Verpflichtungskredit für die Halde von über CHF 56 Mio. zugestimmt. Wir sollten uns dafür einsetzen, wie wir diese finanzielle Herkulesaufgabe stemmen können und lassen jene die Welt retten, die auch dafür verantwortlich sind!

Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14118)

Christen Peter, Präsident FGPK: Die FGPK hat sich an folgenden Zeitplan gehalten:

- Donnerstag, 25. März 2021: Vorstellung der Rechnung an die FGPK
- Donnerstag, 15. April 2021: Info der Revisionsstelle Gruber Partner AG an die FGPK
- Donnerstag, 27. Mai: Besprechung der Fragen der FGPK
- Donnerstag, 10. Juni: Die FGPK erstellt den Bestätigungsbericht und Erläuterungsbericht zur Rechnungsprüfung 2020

Wie im letzten Jahr wurde die Rechnung 2020 in 2er Teams, nach Kapiteln aufgeteilt geprüft und anschliessend Fragen dazu an die Ressortvorsteherin und dem Leiter Finanzen gestellt und zur Zufriedenheit der FGPK beantwortet. Im Weiteren waren Mitglieder der FGPK in folgenden Organisationen als Revisoren tätig:

- Andreas Eberhart: ARA Wohlen, Villmergen und Waltenschwil
- Dieter Stäger und Andreas Eberhart: Mütter- und Väterberatung, Bezirk Bremgarten

Die Rechnungen dieser Organisationen wurden durch die Revisoren geprüft und separat dazu Bericht erstattet. Es gab keine Beanstandungen.

Nun ein paar Bullet-Points aus der Jahresrechnung 2020:

- Insgesamt wurde ein positives Ergebnis von CHF 4,2 Mio. erwirtschaftet. Mitbeteiligt an diesem Resultat waren vor allem auch die budgetierten Aufwertungsreserven von CHF 1,7 Mio. Gegenüber dem Budget fällt das Resultat um CHF 1,8 Mio. höher aus als budgetiert.
- Schwachpunkte sind die weiterhin ungenügenden Selbstfinanzierungskennzahlen.
- Auch die Verschuldungskennzahlen haben sich weiter verschlechtert. Bei den geplanten Investitionen muss man davon ausgehen, dass sich der Trend weiter fortsetzen wird.
- Verschlechtert hat sich auch die Steuerkraft pro Einwohner. Bei den natürlichen Personen beträgt sie im Jahr 2020 CHF 1'982.00 und ist somit 1,5% weniger als 2019.

Im Vergleich dazu das Kantonsmittel der Aargauer Gemeinden von CHF 2'486.00:

- Bei den Juristischen Personen verzeichnen wir eine Abnahme von 11,4% im Vergleich zum Vorjahr.
- Steuerausstände sind ein Problem. Im Rechnungsjahr 2020 beträgt er 20,8%. Das ist eine Verschlechterung um 2,4% gegenüber dem Vorjahr. Der Aargauer Durchschnitt liegt bei 14,4%.
- Die gesamte Taxationsleistung des Steueramtes im Jahr 2020 lag bei 10'492 Steuerpflichtigen und hat im Vergleich zum 2019 von 9'405 Steuerpflichtigen um 11,6% zugenommen. Diese Zahlen zeigen auf einen Erfolg der zusätzlich im Einwohnerrat bewilligten Stelle im Steueramt hin.

Weitere Details entnehmen Sie bitte dem Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung 2020 der FGPK.

Abschliessend die Empfehlungen der FGPK zur finanziellen Lage:

- Bezüglich des Finanzplanes und des daraus abgeleiteten Investitionsprogramms empfehlen wir, pragmatische, nachhaltige und finanzierbare Lösungen zu finden und umzusetzen.
- Der Steigerung der Steuerkraft der natürlichen Personen muss weiterhin grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gleichzeitig muss die Zunahme des Nettoaufwandes gebremst werden.
- Der Aufgaben- und Finanzplan 2022-2031 weist ab dem Jahr 2024 ein Abschreibungsniveau von über CHF 6 Mio. (Höchstwert von CHF 8,6 Mio. im Jahr 2031) aus. Die Selbstfinanzierung muss zu diesem Zeitpunkt ebenfalls mindestens diesen Wert erreichen. Sollte dies nicht gelingen, würde die erwartete sehr hohe Fremdkapitalverschuldung noch weiter ansteigen. Ein grösserer Anstieg des Zinsniveaus wäre unter diesen Umständen eine starke Belastung für das Finanzgleichgewicht.

Abschliessend: Sachbereichsprüfung Löhne, Gruber Partner AG. Die Gruber Partner AG wurde durch die FGPK via Gemeinderat beauftragt folgende Prüfungen vorzunehmen:

- Prüfung der Mehrstunden- (Überzeit-) Salden per Ende 2020.
- Prüfung der Mehrstunden- (Überzeit-) Auszahlungen per Ende 2020.
- Prüfung des Bezuges angehäufter Ferienguthaben aus dem Jahr 2019/Übertrag in das Jahr 2020.
- Prüfung der Ferienauszahlungen im 2020.
- Prüfung der Einhaltung der Lohnbänder der Mitarbeitenden (Gehaltstufen 6 bis 8).

Die FGPK stimmt dem Antrag des Gemeinderates „Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichtes mit Jahresrechnung 2020“ einstimmig zu.

SVP Wohlen Anglikon Votum Geschäftsbericht:

Die Fraktion der SVP Wohlen Anglikon verdankt den Geschäftsbericht ebenfalls und stimmt dem Antrag „Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichtes mit Jahresrechnung 2020“ einstimmig zu. Die SVP Wohlen-Anglikon würde einen weniger umfangreichen und schlankeren Geschäftsbericht in Zukunft schätzen. Das würde Kapazitäten für wichtige Arbeiten und Geschäfte der entsprechenden Gemeinde-Abteilungen schaffen. Ganz nach dem Motto „weniger ist mehr“ oder „Mut zur Lücke“. Die SVP Wohlen Anglikon ist sich der finanziell schlechten Lage von Wohlen vollends bewusst und wird in Zukunft nur absolut notwendigen Investitionen und Stellen unterstützen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Beim Geschäftsbericht handelt es sich immer um ein sehr umfangreiches Werk. Darin wird dargestellt, welche Aufgaben in der Gemeinde erledigt wurden und welche Dienstleistungen zu Gunsten der Bürger erbracht worden sind. Es zeigt auch auf, was mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln geleistet worden ist. Es zeigt jedoch auch den sehr breiten Aufgabenkatalog der Gemeinde Wohlen auf. Wir sind sehr froh darüber, dass wir dies einmal im Jahr darstellen und würdigen dürfen. Hinter all diesen Leistungen stehen in erster Linie die Mitarbeitenden. Es handelt sich dabei oftmals um Personen, welche nicht im Rampenlicht stehen. Diese sieht man nicht an einer Einwohnerratssitzung, weil sie nicht an politischen Geschäften arbeiten. Sie erledigen einfach still im Hintergrund ihre Arbeit. Das können beispielsweise die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste, diejenigen des Zivilstandsamt sein, Angestellte, welche Baugesuche bearbeiten oder sich mit der Kanalisation und der dem Abwasser auseinandersetzen. Diese Mitarbeitenden leisteten Jahr für Jahr und Tag für Tag sehr gute Arbeit. Ich möchte gerne diese Personen und diese Arbeiten ins Zentrum bringen, welche keine politische Bedeutung haben und von aussen oftmals gar nicht wahrgenommen werden.

Wir können grundsätzlich zufrieden auf das Jahr 2020 zurückblicken. Wir haben unter schwierigen Umständen praktisch alle Dienstleistungen erbringen können. Insbesondere konnte das Legislativorgan tagen. Die Gemeinde Wohlen ist offensichtlich weiterhin eine beliebte Wohngemeinde. Im Jahr 2020 ist wieder ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Dies geht einher mit entsprechenden zusätzlichen Aufgaben, wie mehr Kunden im Gemeindehaus oder mehr Schüler zum Einschulen. Es zeigt auf, dass Wohlen eine attraktive Wohngemeinde ist. Ersichtlich ist die auch anhand der eingereichten Baugesuche. Der Gemeinderat kann auf eine gute Zusammenarbeit mit externen Organisationen zurückblicken. Verschiedene Organisationen wurden mit Aufgaben beauftragt, dies insbesondere im sozialen Bereich.

Der Gemeinderat dankt dem Einwohnerrat und allen Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung im vergangenen Jahr.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Sehr gerne präsentiere ich heute die Rechnung 2020 mit einem erfreulichen Plus. In den lokalen Printmedien erschien im Frühling die Medienmitteilung des Gemeinderates und auch der FGPK-Sprecher hat das Wesentliche vorhin erläutert. Danke übrigens für diesen Einsatz der FGPK. Zusätzlich sind die Prüfberichte von Gruber Partner AG in das Votum der FGPK eingeflossen. Es wurde schon viel geschrieben, gesagt und verstanden. So werde ich nur eine kurze Zusammenfassung präsentieren.

Gesamtergebnis	Rechnung 2020	Budget 2020	Rechnung 2019
Operatives Ergebnis	2'527'146	431'600	1'325'915
Ausserordentliches Ergebnis (Auflösung Aufwertungsreserve)	1'672'229	1'986'800	2'168'058
Einwohnergemeinde	4'199'375	2'418'400	3'493'973
Spezialfinanzierungen:			
Abwasserbeseitigung	207'785	-115'600	-92'464
Abfallwirtschaft	35'526	8'500	8'892
Sprachheilkindergarten	18'452	15'200	20'834
Heilpädagogische Schule	32'077	-146'200	-5'816

Mit dem Ertragsüberschuss von CHF 4,2 Mio. wurde das Vorjahresergebnis von CHF 3,5 Mio. übertroffen. Wir dürfen zum dritten Mal in Folge einen Erfolg ausweisen. Wir dürfen von einem erfreulichen Resultat sprechen. Eine wichtige Zahl ist das Operative Ergebnis. Es ist wesentlich, dass wir auch ohne ausserordentliches Ergebnis ein Plus schreiben dürfen. Diese Aufwertungsreserve ist nur eine buchhalterische Einnahme. Da wir in nächster Zeit immens viel Investieren ist ein Ertragsüberschuss sehr willkommen. Zusätzlich können auch alle Spezialfinanzierungen wie Sprachheilkindergarten, Heilpädagogische Schule sowie die Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft einen Ertragsüberschuss ausweisen.

Erfreuliche Details aus der Jahresrechnung

- **Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit bereits positiv**
- Personalaufwand entspricht dem Budget
- Sachaufwand
- Finanzaufwand / keine Darlehensaufnahme
- Steuerertrag
- Aufwand für Corona mit Minderaufwendungen kompensiert
- Schulgelder an Sonderschulen
- Nettoaufwand wirtschaftliche Hilfe
- Ferien- und Überzeitguthaben um rund ¼ Anteil reduziert
- **Realisierung von 94 % der budgetierten Investitionsausgaben**
- Investitionseinnahmen höher als Budgetbetrag

Erfreuliche Details aus der Jahresrechnung

- Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit bereits positiv, will heissen, dass wir mehr Steuereinnahmen und weniger Sachaufwand zu verzeichnen haben.
- Personalaufwand entspricht dem Budget: Im Dezember 2019 wurden 360 Stellenprozent vom Einwohnerrat bewilligt. Diese Stellen waren nicht im Budget enthalten – nur im Finanzplan ausgewiesen! Die Finanzplanung ist für den Gemeinderat ein wichtiges Instrument. Für die Budgetplanung 2022 werden die geplanten Stellen früher, also heute, beim Einwohnerrat beantragt. Der „Stellenetat Gemeinde Wohlen“ ist dem Einwohnerrat bekannt, weil schon mehrmals mündlich und schriftlich erläutert. Nochmals zur Erinnerung: der im März zur Kenntnis genommene Finanzplan 2022-2031 hat immer noch Gültigkeit für die Budgetplanung 2022.
- Sachaufwand CHF 1,9 Mio. oder 14% unter Budget, von der Zahl her ist es erfreulich, aber der nicht eingesetzte Betrag zum Beispiel im baulichen Unterhalt (CHF 550'000) ist nur verschoben. Das Konto Dienstleistungen und Honorare hat CHF 650'000 weniger Aufwand, dabei handelt es sich um Expertisen, Fachexpertinnen und Fachexperten und auch Gutachten (Konto 3132). Leider ist auch dieser Betrag nicht wirklich eingespart, eher verschoben. Auch Covid-19 hat in diesem Bereich Spuren hinterlassen.
- Finanzaufwand CHF 100'000 unter Budget, weil die Darlehenszinsen gesunken sind. Wegen dem erfreulichen Ergebnis war eine weitere Kapitalaufnahme (wie im Budget geplant) noch nicht notwendig.
- Steuerertrag CHF 1,3 Mio. über Budget, mehr Ertrag bei den allgemeinen Steuern hat auch mit der vom ER neu bewilligten Stelle zu tun, da der Steuerveranlagungsstand verbessert werden konnte.
- Aufwand für Corona konnten mit Minderaufwendungen kompensiert werden: Einsparungen durch nicht durchgeführte Anlässe, weniger Lehrmittel verbraucht gegenüber Ausgaben für Verbrauchsartikel Hygiene, weniger Einnahmen Vermietungen etc.
- Schulgelder an Sonderschulen unter Budget und Vorjahr, das hat mit der Anzahl Schülerinnen und Schülern zu tun. Dies kann die Gemeinde nicht beeinflussen.
- Nettoaufwand wirtschaftliche Hilfe unter Budget und Vorjahr: Es wäre gut wenn die Tendenz sinkend aus R 19 und R 20 weitergeführt werden könnte, aber auch das kann die Gemeinde nicht beeinflussen.
- Ferien- und Überzeitguthaben um rund 1/4-Anteil reduziert werden konnte, auch in dieser Thematik sind wir auf gutem Weg
- Realisierung von 94% der budgetierten Investitionsausgaben, das ist mehr als in den letzten Jahren
- Investitionseinnahmen höher als Budgetbetrag: budgetiert waren Investitionsrückerstattungen der Eishalle. Nun sind Einnahmen für die Bahnhofprojekte eingegangen, wegen Baufortschritt

Weniger erfreuliche Details aus der Jahresrechnung

- **Ausserordentlicher Aufwand von CHF 313'500**
- Restkosten für Pflegefinanzierung
- Besoldungsanteil Volksschule
- Beiträge an Berufliche Grundbildung
- Nettoertrag aus Parkhaus/Parkplätzen noch 1/3 Anteil
- Verkauf Gemeindetageskarten um 1/3 Anteil eingebrochen (Corona)
- Rückstellung Rechnung Sportpark Bünzmatt AG – Kosten Covid 19

Weniger erfreuliche Details aus der Jahresrechnung

- Ausserordentlicher Aufwand von CHF 313'500 dabei handelt es sich um eine Richtigstellung der letzten 15 Jahre im Bereich Nichtbetriebsunfall der Betriebe Forst und ARA. Die Beträge wurden nicht im richtigen Rechnungskreis verbucht.
- Restkosten für Pflegefinanzierung CHF 500'000 über Budget und CHF 150'000 über Vorjahr. Diese steigende Tendenz ist leider eine Tatsache. Ich denke die gesellschaftliche und demografische Entwicklung spielt dabei eine grosse Rolle.
- Besoldungsanteil Volksschule CHF 320'000 über Budget und CHF 500'000 über Vorjahr, hat mit der Neuressourcierung – nach zu lesen auf Seite 89, zu tun.
- Beiträge an Berufliche Grundbildung CHF 110'000 über Budget und CHF 230'000 über Vorjahr. Diese steigenden Ausgaben sind aus finanzieller Sicht für die Gemeinde negativ aber es ist gut investiertes Geld in die Bildung junger Menschen.
- Nettoertrag aus Parkhaus/Parkplätzen noch 1/3 ausmacht (Corona).
- Verkauf Gemeindetageskarten um 1/3 Anteil eingebrochen (Corona).
- Rückstellung Rechnung Sportpark Bünzmatt AG CHF 166'000 – Kosten Covid-19. Entscheidung ist für diese Ausgabe noch nicht erfolgt. Es braucht noch weitere Gespräche und vor allem eine ganzheitliche Betrachtung.

Nach der Rechnung ist vor dem neuen Budget, deshalb ist es wichtig, aus diesen Zahlen und Fakten Zusammenhänge zu sehen. Ein Ertragsüberschuss von über CHF 4 Mio. ist ein toll erwirtschaftetes Plus. Dafür bedanke ich mich bei allen Beteiligten Mitarbeitenden der Gemeinde. Ein tolles Jahresergebnis darf nicht allein betrachtet werden. Das fette „aber“ ist, dass wir vor sehr hohen Investitionen stehen und da fällt der Ertragsüberschuss von CHF 4 Mio. leider nur erfreulich aus. Daher kann ich nicht von einem Superergebnis sprechen. Viele dieser angesprochenen Details der Jahresrechnung sind nicht durch den Gemeinderat oder Einwohnerrat regelbar. Das bereitet mir Sorgen in Bezug auf das Budget 2022! Aber wir arbeiten daran!

Fraktionsmeinungen

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir haben den Geschäftsbericht genau angeschaut. Wir sind erstaunt und erfreut über die vielen Informationen und die interessanten Details, welche im Geschäftsbericht enthalten sind. Wir sind uns bewusst, dass viel Arbeit darin steckt. An dieser Stelle möchten wir allen Beteiligten, ob Behördenmitglied oder Mitarbeitende der Verwaltung, herzlich dafür danken. Es handelt sich um

Geschichtsschreibung, welche es wohl auch in Zukunft interessant macht, im Geschäftsbericht zu lesen. Das Erfreuliche daran ist das Resultat. Die Erfolgsrechnung fällt mit CHF 1.8 Mio. massiv besser aus als budgetiert. Wenn man den Quervergleich mit anderen Gemeinden macht, dann fragen wir uns allerdings, ob es sich nicht doch um einen Covid-19-Effekt handelt. Wir würden uns freuen, wenn dies in Zukunft so anhalten würde. Leider haben wir etwas Zweifel an der Nachhaltigkeit dieses guten Resultates. Unsere Skepsis wird auch dadurch untermauert, dass der Pro-Kopf-Steuerertrag eher sinkend ist. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass gute Steuerzahler tendenziell wegzuziehen scheinen. Wir haben zwar mehr Einwohner, aber die guten verlassen die Gemeinde oder sie verdienen nicht mehr so gut. In diesem Zusammenhang wünschen wir uns, dass auf der Verwaltung durch den Gemeinderat in Zukunft noch besser und noch genauer budgetiert wird. Auf Luft soll möglichst verzichtet werden und es soll nur dies budgetiert werden, was zum Zeitpunkt der Budgetierung bekannt ist. Selbstverständlich erwarten wir in Zukunft weiterhin eine grosse Ausgabendisziplin.

Die Kennzahlen zeigen sich zwar derzeit immer noch relativ gut, aber wenn wir weiterhin Erhöhungen im Stellenplan und Investitionen vornehmen wird sich das ändern. Ob diese beiden Punkte notwendig sind, mag ich an dieser Stelle nicht beurteilen, aber es handelt sich dabei um die zwei grössten Kostentreiber und unsere Kennzahlen werden eher im roten als im grünen Bereich liegen. Diese Zahlen müssen wir gut beobachten. Vielleicht muss der Einwohnerrat diesbezüglich etwas mehr Disziplin an den Tag legen und diese nicht nur beim Gemeinderat einfordern. Ein Beispiel ist das Thema Grüngut. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass man Mehreinnahmen auf dem Schlachttisch der politischen Spiele opfert. Es handelt sich dabei um den Verzicht von rund 2.5 Steuerprozenten, nur weil sich einige Personen profilieren möchten.

Dem Geschäftsbericht kann man auch entnehmen, dass am „IKS“, dem internen Kontrollsystem gearbeitet wird. Gerne würden wir den Stand der Dinge vom Gemeinderat erfahren. Zudem wäre es sicher sehr positiv, wenn die FGPK involviert werden würde.

Wir danken dem Gemeinderat für den Geschäftsbericht und das gute Ergebnis. Wir stimmen beiden Anträgen einstimmig zu.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Mit der Abbildung vom Cholmoos, als Titelbild auf dem Geschäftsbericht, ist ein wunderschönes Naturspektakel zu sehen. Ich kann allen, welche noch nie dort gewesen sind empfehlen, diese Sehenswürdigkeit im Wohler Wald – speziell in dieser Jahreszeit – zu besuchen.

Der Geschäftsbericht zeigt jedes Jahr wieder auf, was in der Einwohnergemeinde Wohlen in der Zeitdauer eines ganzen Jahres geleistet wird. Sehr viele Menschen arbeiten tagtäglich daran, dass alles in der Gemeinde Wohlen läuft und sich weiterentwickelt. Dies beginnt beim Reinigungspersonal in den Gebäuden, in der Gemeinde und auf den Strassen, bei den Verwaltungsangestellten, bei den Lehrkräften und bei vielen mehr. Für den ausführlichen und sehr interessanten Bericht danken wir allen Beteiligten herzlich.

Der positive Rechnungsabschluss bestätigt uns, dass auf der Verwaltung das Bewusstsein für die finanzielle Lage der Gemeinde vorhanden ist und dass eine hohe Ausgabendisziplin herrscht. Die Ausgaben werden sehr sorgfältig getätigt. Wir werden den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2020 genehmigen.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Als erstes möchten wir uns auch für den ausführlichen und interessanten Geschäftsbericht und für die Rechnung bei allen Mitwirkenden bedanken. Beim Bericht handelt es sich, wie jedes Jahr, um ein sehr gutes Nachschlagewerk. Die Stellungnahmen zu den pendenten Vorstössen sind für uns Einwohnerräte sehr wertvoll. So können wir den Stand der Dinge sehen und wann wir mit einem Bericht oder Bericht und Antrag rechnen dürfen. Falls es wirklich so ist, wie wir aus dem Geschäftsbericht entnehmen können, so sind wir sehr zufrieden damit.

Das Schulzentrum Halde wurde mit fast 70% angenommen, was uns extrem freut. Wir sind davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Überlegt dort wo es notwendig ist zu investieren und Wohlen nicht verlottern lassen. Es handelt sich jedoch wohl nicht um die letzte grosse Investition, welche getätigt werden muss. Es sind noch einige Projekte in Millionenhöhe, welche anstehen. Dies ist uns allen jedoch bekannt. Aus diesem Grund muss der Steuerfuss ab dem Jahr 2023 steigen, damit wir den nachfolgenden Generationen keinen Scherbenhaufen hinterlassen. Das Jahr 2020 hat finanziell positiv abgeschlossen. Das ist gut und freut uns. Uns ist aber auch klar, dass für das kommende Budget 2022 sinnvolle Einsparungen getroffen werden müssen. Einiges, was im letzten Jahr budgetiert gewesen ist und aus bekannten Gründen nicht ausgegeben werden konnte, wird sich auf dieses und das nächste Jahr verschieben. Wir sind sehr

gespannt auf das nächste Budget. Die Fraktion Mitte genehmigt den Geschäftsbericht und die Rechnung 2020 einstimmig.

Meier Cyrille, SP: Wir haben uns vertieft mit dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2020 auseinandergesetzt. Auch wir bedanken uns recht herzlich bei allen Beteiligten, welche daran gearbeitet haben. Es fällt auf, dass die Budgetierungen realistisch getätigt worden sind und dass allgemein sauber gearbeitet worden ist. Es wurde schliesslich auch ein besseres Ergebnis erreicht als budgetiert.

Es ist immer wieder erstaunlich, wie viele Aufgaben erledigt worden sind. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, wie viele Motionen oder Postulate noch offen sind und wann sie im Einwohnerrat zu Behandlung gelangen sollen. Auch kann man nachlesen, wie viele Geschäfte der Gemeinderat das ganze Jahr bearbeitet und behandelt. Im Jahr 2020 waren es über 500 Geschäfte. Weiter kann man lesen, dass zunehmen die Einwohnerinnen und Einwohner Mühe mit dem Bezahlen der Krankenkassenprämie haben. Hier könnte beispielsweise die Prämien-Entlastungs-Initiative helfen. In Wohlen wird zudem fleissig gebaut. Die Nachwirkungen kennen wir alle. Es gibt auf der Gemeinde mehr zu tun und es gibt mehr Schulkinder. Die Konsequenz daraus werden wir im nächsten Traktandum abhandeln.

Zum Zahlenteil werde ich nicht mehr viele Ausführungen tätigen. Es auf, dass die Steuerkraft gegenüber des Kantons unterdurchschnittlich ist. Dies nicht nur bei den natürlichen Personen, sondern auch bei den juristischen. Sicher kann die Pandemie eine Teil-Schuld daran haben, es ist jedoch auch ein Zeichen dafür, dass die Gemeinden, in Bezug auf die Wirtschaftsförderung, zu wenig investiert hat in den letzten Jahren. Das sieht man nun an den Ergebnissen. Schlussendlich möchten wir aber auch das Positive hervorheben. Die Jahresrechnung hat besser abgeschlossen als budgetiert. Wir werden dementsprechend der Jahresrechnung, wie auch dem Geschäftsbericht zustimmen.

Sax Simon, GLP/EVP: Ich äussere mich erst zum Geschäftsbericht. Wir haben wieder einen sehr umfangreichen und schön gestalteten Geschäftsbericht erhalten. Es ist immer wieder erstaunlich wie viel und was in einem einzigen Jahr läuft. Unser Dank gehört explizit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche im Dienst unserer Gemeinde stehen und mit ihrer Arbeit unserer Gemeinde Leben einhauchen.

Auch bei der Jahresrechnung sprechen wir ein herzliches Dankeschön an alle beteiligten Personen aus, insbesondere der Finanzverwaltung für die Aufarbeitung der Zahlen und der FGPK für die Prüfung und den Bericht. Grundsätzlich teilen wir die Einschätzung der FGPK. Das erzielte Jahresergebnis zeigt sich gegenüber des Budgets sehr erfreulich. Der budgetierte Gewinn von CHF 2.4 Mio. ist mit einem Ergebnis von CHF 4.2 Mio. deutlich übertroffen worden – ja fast verdoppelt. Wir dürfen aber nicht in Euphorie verfallen. Die Corona-Situation hat vermutlich deutliche Minderaufwendungen beschert, während dem sich die Einnahmen – auch steuertechnisch bedingt – noch auf dem Vorjahresniveau bewegen. Was uns diesbezüglich das Jahr 2021 bringen wird, steht noch in den Sternen. Wie in den Vorjahren müssen wir auf folgende Punkte hinweisen.

1. Die Einnahmen aus der Aufwertungsreserve betragen CHF 1.7 Mio. Ein schöner und stolzer Betrag, aber leider lediglich ein buchhalterischer Betrag.
2. Der Pro-Kopf-Steuerertrag liegt nach wie vor deutlich unter dem kantonalen Mittel und ist im Jahr 2020 sogar leicht gesunken. Diesem Punkt müssen wir weiterhin sehr grosse Aufmerksamkeit schenken.
3. Die wirklich grossen Investitionen stehen erst noch bevor und unsere Selbstfinanzierung wird bei weitem nicht ausreichen, um diese Investitionen alle bezahlen zu können. Dies hat zur Folge, dass die Schulden ansteigen werden. Per Jahresende 2020 betragen unsere Schulden bereits stolze CHF 55 Mio. Aktuell, in einem sehr tiefen Zinsumfeld, mag dies noch als vertretbar erscheinen. Wir warnen jedoch eindringlich vor einem allfälligen Zinsanstieg, welcher die Situation ungemütlich machen würde.

Zusammenfassend teile ich mit, dass wir den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung einstimmig genehmigen.

Einzelvoten

Seite 133 – 1.4120.3631.00 Restkosten Pflegefinanzierung

Lütolf Harry, Die Mitte: Dieses Konto ist im Vergleich zur letzten Rechnung um CHF 2.5 Mio. angestiegen. Mir ist mehrmals zugetragen worden, dass sich im Bereich der Spitex-Pflege, ich spreche nicht von der Spitex Freiamt, sondern von rein privaten Anbietern, teilweise dubiose Anbieter bewegen. Konkret geht es um zu hohe Stunden-Abrechnungen von Betroffenen, welche vor Ort gepflegt werden müssen. Die Kontrolle gestaltet sich schwierig. Ich weiss, dass dies stattfindet und dies hat eine strafrechtliche Relevanz. Ich möchte den Gemeinderat bitten, bei der Auftragsvergabe allen ganz genau auf die Finger zu schauen. Ich hege den Verdacht, dass viel Geld zu viel abgerechnet wird. Der Betrag von CHF 2.5 Mio. könnte vielleicht geringer ausfallen. Das ist selbstverständlich nicht der Fehler des Gemeinderates, sondern von den Anbietern, welche falsch abrechnen.

Seite 135 – 1.5720.4260.01 Rückerstattung Materielle Hilfe Schweizer und 1.5720.4260.02 Rückerstattung Materielle Hilfe Ausländer

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich habe das Thema bereits mehr als einmal angesprochen und es ist diesbezüglich auch noch ein Vorstoss von mir hängig. Bei den Schweizern haben wir eine Rückerstattung im Umfang von CHF 863'000 und bei den ausländischen Personen ist es ein Betrag von CHF 549'000. Beim ersten Konto zeigt sich der rückerstattete Betrag – mit einer leichten Steigerung – ähnlich wie in der Rechnung 2019. Bei den Ausländern hingegen liegen wir fast CHF 500'000 unter dem Budget. Mir ist klar, dass die Corona-Pandemie auch hier einen Effekt hat. Es ist wohl schwieriger gewesen eine Rückerstattung zu erwirken. Bei den Schweizern wurde zwar der budgetierte Betrag auch nicht erreicht, aber dennoch ist eine grössere Rückerstattung zu verzeichnen im Vergleich zum Jahr 2019. Bei den Ausländern wurde das Budget nicht erreicht und im Vergleich zum Jahr 2019 ist eine geringere Rückerstattung zu verzeichnen. Diese Diskrepanz ist für mich nicht erklärbar und ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, weshalb eine so grosse Abweichung zum Budget vorliegt. Meiner Meinung nach muss vorliegend noch eines gemacht werden. Es geht auch hier – mit 1 bis 2 Steuerprozenten – um sehr viel Geld.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Von Harry Lütolf wurden zwei Themen aufgegriffen.

Einerseits geht es um die steigenden Restkosten. Diese haben wohl weniger mit falschen Abrechnungen zu tun, sondern mit der ansteigenden Zahl der älteren Bevölkerung. Dies hat zur Folge, dass die Nachfrage der ambulanten Betreuung im Pflegebereich auch ansteigt. Die privaten Organisationen rechnen, meines Wissens, über die Clearingstelle ab. Die Gemeinde hat hier keine Möglichkeit Rückfragen zu stellen. Dieses Thema müsste wohl auf Stufe Kanton angesprochen werden. Dieses Thema fällt wohl eher in die Zuständigkeit von Harry Lütolf, welcher als Grossrat amtiert.

Bezüglich Rückerstattungen von Materieller Hilfe sind wir derzeit mit der Aufarbeitung des Vorstosses beschäftigt. Die Antworten werden in Kürze folgen. Aus dem Stehgreif kann ich leider keine Auskunft zu den genannten Diskrepanzen geben.

Nicoll Jonathan, SVP: Ich habe heute Abend einige Stichworte gehört zu welchen ich gerne Kontroversen einbringen möchte. Mittlerweile sollte ich dafür bekannt sein, dass ich manchmal auch kritische Voten halte, welche einen anderen Blickwinkel mit sich bringen. Ich finde es gut, dass man über geschätzte Mitarbeitende in der Gemeindeverwaltung verfügt. Ein Verwaltungsapparat, bei dem man sich mehrmals im Jahr für die intensive Arbeit bedankt. Wir hören jedoch auch Stimmen zu einem rückläufigen Steuerertrag, Investitionen, weiteren Investitionen und noch weiteren Investitionen. Man möchte sich mit etwas messen, bei welchem man schon von Anfang an keine Chance hat. Früher hat man – zwecks Vertuschung einer Müllhalde – Holzwände davor aufgestellt. So konnte man nicht sehen, was dahinter alles nicht funktioniert. Derzeit funktioniert zwar alles, aber es gibt keine einzige Vision was die Zukunft angeht. Man ist der Ansicht, dass 250 Zuzüger so viel mehr Arbeit geben. Ich kann mich nicht erinnern als ich zugezogen bin, dass ich von der Einwohnerkontrolle einen Blumenstrauss erhalten hätte oder dass meine Kinder von einem Concierge in die Schule begleitet worden wären – was ein riesiger Aufwand bedeuten würde. Gebaut wird auch immer mehr – nicht unbedingt das, was mehr Ertrag gibt. Wenn dies ja der Fall wäre, dann würde ja parallel zu diesen Zuzüger die Netto-Steuerertragskraft ansteigen. Dann gibt es Projektionen in die nicht rosige Zukunft, welche von verschiedensten Personen bestätigt werden. Der Steuerertrag kann offenbar nicht gesteigert werden. Es ist ein Bild von einer Täuschung. Wir graben uns über die nächsten 10 Jahre ein gewaltiges Loch. Ich würde es am liebsten hier im Casino an die Decke schreiben, denn dann können wir es auch in 10 Jahren noch anschauen. Die Frage, welche sich schlussendlich stellt ist, was ist

im weiteren Finanzplan für die Zukunft – was auch eine Definition für das zukünftige Budget darstellt – oberste Priorität, sekundäre Priorität und die letzte Priorität: Dies wenn es um Ausgaben und Investitionen geht. Dies findet nicht statt. Es gibt nach wie vor keine Prioritätenliste. Ich erwarte vom Gemeinderat mehr Leadership und mehr visionären Mut. Er soll vorausgehen und auch einmal auf die Finanzschleuse stehen. Es geht nicht nur um eine Bremse, sondern eine absolute Handbremse. Jeder Gemeinderat von seinem Ressort hat Zeit sich eine Taktik zu überlegen für das Amt, welches er vertritt. Das ist eine sachliche Kritik. Wenn der Blumenstrauß einfach immer grösser wird, dann braucht es auch einen grösseren Topf und dieser muss mit Wasser gefüllt werden. Und dieses Wasser – liebe Kolleginnen und Kollegen – ist das Benzin. Das sind Steuereinnahmen. Aber die Steuereinnahmen sehe ich nicht wachsen. Ich sehe kein Potenzial, dass der Steuerertrag steigt. Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen sich einmal die Fragen stellen, ob es die neue Sonnenstore am Haus wirklich benötigt, ob dieses Jahr in die Ferien gefahren werden soll oder ob es das neue Auto wirklich braucht. Wir geben hier Steuergelder aus. Wir sind die Vertreter des Volkes und müssen uns Gedanken zu den Ausgaben machen. Ich habe heute Abend gehört, dass wir etwas machen müssen, damit unsere nachfolgende Generation etwas davon hat. Klar! Erhöhen Sie im Jahr 2023 und 2025 den Steuerfuss. Diejenigen, welche ein jährliches steuerbares Einkommen bis CHF 80'000 haben, interessiert dies überhaupt nicht. Das spielt finanziell absolut keine Rolle. Es stellt auch für die Gemeinde keine grosse Möglichkeit dar, wahnsinnig viel mehr Geld einzunehmen. Es wurde bereits gesagt, dass die besseren Steuerzahler langsam abwandern. Resultiert dies aus einer Analyse? Wurde das festgestellt? Wenn man dies schon feststellt, sollte man doch auch Ideen haben, um die besseren Steuerzahler nach Wohlen zu locken. Und wenn wir dies nicht können, dann müssen wir auf die Bremse stehen. Ich stehe seit ein paar Jahren hier und sage es immer wieder, aber niemand steht auf die Bremse. Machen Sie den Blumenstrauß immer grösser, geben Sie immer mehr Geld aus und am Ende können Sie nur noch den Steuerfuss hahn öffnen und dann kommt die grosse Erkenntnis, dass auch wenn wir bis in drei Jahren 2'000 Einwohner mehr haben, der Steuerertragsfranken nicht höher sein wird. Ich würde mir wünschen, dass mehr Ideen kommen. Wir können sowohl die Rechnungslegung, wie auch das Budget schön reden, aber die Zeit ist gekommen, etwas zu verändern. Es ist die Zeit gekommen, eine Vision in die Gemeinde Wohlen zu bringen, welche uns vorwärts bringt.

Detailberatung Geschäftsbericht

Seite 6 fortfolgend – offene Vorstösse

Geissmann Thomas, FDP: Einleitend hätte ich eine Bitte an den Einwohnerratspräsidenten. Es geht darum, dass wir zum Thema sprechen. Dies ist ein grosses Anliegen. Es kann nicht sein, dass man am Rednerpult über Gott und die Welt spricht.

Das was der Gemeinderat vorliegend macht, das geht überhaupt nicht. Er führt Vorstösse aus den Jahren 2004 und 2008 auf, wir sprechen hier somit von 17 beziehungsweise 13-jährigen Vorstössen, und kommentiert diese dahingehend, dass sie dann in der Liegenschaftsstrategie abgehandelt werden sollen. Oder zur Motion AHA kommentiert er, dass die Kernanliegen ja schon in den vergangenen Jahren berücksichtigt worden sind. Das Thema ist damit eigentlich schon beendet. Es geht nicht, dass der Gemeinderat selbst zu so einer Einschätzung gelangt. Bei einer Motion handelt es sich ganz klar um einen Auftrag zur Umsetzung. Der Gemeinderat versteht dies offensichtlich als eine Art Inspiration. Alles gute Sachen, welche dann irgendwann einmal eingebaut werden können. Es handelt sich aber um ganz konkrete Aufträge und im Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist auch ganz klar festgehalten, dass diese innerhalb eines Jahres seit der Überweisung umzusetzen sind. Das Geschäftsreglement ist auch für den Gemeinderat verbindlich und nicht nur für die Mitglieder des Einwohnerrates. Aus diesem Grund erwarte ich, dass man das in Zukunft wieder ernst nimmt. Wir hatten einmal eine Einwohnerratspräsidentin, welche das Thema an die Hand genommen hat und diesbezüglich Druck ausgeübt hat. Ich erwarte von der heutigen Gemeinderätin, dass sie sich mit dem gleichen Engagement dafür einsetzt und die Behandlung der Vorstösse vorwärts bringt – auch wenn sie nun im anderen Team spielt.

Seite 145 – 3064 Überbrückungsrenten

Dörig Werner, FDP: Es handelt sich um ein altes Thema, welches vorliegend angesprochen wird. Ich habe anlässlich der Einwohnerratsitzung vom 15. Oktober 2018 den Gemeinderat bezüglich der Revision des Personalreglements angefragt. Damals erteilt der Gemeinderat eine unverbindliche Antwort, was so auch in Ordnung war. Am 24. September 2020 habe ich den Gemeinderat erneut nach dem Stand der Revision des Personalreglements angefragt. Die Überbrückungsrenten sind Bestandteil des Personalreglements. In der vorliegenden Jahresrechnung explodieren die Zahlen bezüglich dieser Renten. Der Steuerzahler muss

die vorzeitige Pensionierung von Gemeindeangestellten finanzieren. Der Gemeinderat teilte mir bezüglich dem aktuellen Stand mit, dass die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Erarbeitung geplant ist. Weiter wurde mitgeteilt, dass das Personalreglement zusammen mit dem Vergütungsreglement im zweiten Halbjahr 2021 dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollte. Im Weiteren wurde ergänzt, dass es ein Ziel sei, in der neuen Legislaturperiode das revidierte Reglement zu haben. Hat der Gemeinderat nun das Ziel aus den Augen verloren? Ist er kurz vor dem Ziel oder wurde das Ziel bereits überschritten und wir wissen es einfach noch nicht? Vielleicht wurde das Ziel einfach neu definiert. Gerne bitte ich den Gemeinderat um Antwort, wie weit die Revision des Personalreglements fortgeschritten ist und ob es noch während dieser Legislaturperiode dem Einwohnerrat zur Behandlung vorgelegt wird, sodass es ab der neuen Legislaturperiode in Kraft treten kann.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat das Ziel anpassen müssen. Wir sind bis anhin davon ausgegangen, dass eine Teilrevision des Personalreglement ausreichend sein würde. Die vertiefte Analyse der Arbeitsgruppe zeigte jedoch, dass eine Gesamtrevision notwendig ist. Dies setzt in der Folge einen längeren Prozess in Gang. Interne Themen wurden bereits angeschaut. Es ist jedoch auch notwendig, dass der Prozess von aussen begleitet wird. Das Reglement kann nicht im Rahmen einer Teilrevision aktualisiert werden. Das Ziel ist nicht aus den Augen verloren. Die Arbeit ist aufgenommen worden und am Laufen.

Dörig Werner, FDP: Wird die Gesamtrevision des Personalreglement noch in dieser Legislaturperiode durchgeführt?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Nein, dies wird nicht mehr in dieser Legislaturperiode dem Einwohnerrat vorgelegt werden können. Dafür sind die Arbeiten und der Aufwand schlicht zu gross. Das Geschäft wird voraussichtlich in der nächsten Legislaturperiode bereit sein.

Dörig Werner, FDP: Wann wird das Geschäft dem Einwohnerrat vorgelegt werden? Wird dies schon zu Beginn der Legislaturperiode sein oder muss es weiter hinausgeschoben werden?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dies steht im direkten Zusammenhang, ob der Projektierungskredit seitens Einwohnerrat für die Begleitung des Gesamtrevisionsprozesses gesprochen wird. Dieser Antrag sollte noch in dieser Legislaturperiode gestellt werden, sodass man am Anfang der nächsten Legislaturperiode mit der Gesamtrevision starten können.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Entgegennahme und Genehmigung der Jahresrechnung 2020.*

wird einstimmig zugestimmt.

2. *Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichts 2020.*

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 14120 Erhöhung Stellenplan für die Abteilungen

- **Finanzen**
 - **Betreibungsamt**
 - **Regionalpolizei**
 - **Schule (Schuladministration Regelschule)**
 - **Liegenschaften und Anlagen (inkl. Hauswarte und Reinigungspersonal)**
-

Pascolin Laura, FGPK: Die FGPK basiert ihren Entscheid auf folgende Punkte:

- Bedarf/Begründung
- Lohnkosten effektiv (Finanzierung und oder Beteiligung Dritter)
- Nutzen/Auswirkung

In anderen Worten braucht es die Stelle oder nicht. Als Aussenstehender ist diese Frage jedoch äusserst schwierig zu beurteilen. Die FGPK hat keine Einsicht in die operative Tätigkeit der verschiedenen Abteilungen – damit meinen wir die Arbeitslast, Effizienz und das Know-how der Mitarbeiter. Anhand von geleisteten Mehrstunden des Personals (siehe Rückstellungen auf Seite 164 des Geschäftsberichtes) können wir annehmen, dass die Aufgaben und gesetzlichen Anforderungen gestiegen sind. In erster Linie entscheidet die FGPK finanzpolitisch und nimmt Kosten-Nutzung in Erwägung. Wie schon vorher erwähnt basieren unsere Entscheidungen betreffend der Stellenerhöhung auf Bedarf/Begründung, Lohnkosten effektiv und Nutzen/Auswirkung.

Stellenerhöhung von 80% bei der Abteilung Finanzen:

Bedarf/Begründung: Der Steuerbezug der Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern ist ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Finanzverwaltung. Das Bevölkerungswachstum erhöht die Arbeitslast. Zudem haben 72.5% der Steuerzahler in Wohlen ein steuerbares Einkommen von unter CHF 70'000, welches beim Steuerinkasso Auswirkungen hat. Der Zeitaufwand für die Bearbeitung der Steuerausstände im Rahmen von Ratenzahlungen und Überwachung ist gestiegen.

Lohnkosten effektiv: keine Mitfinanzierung durch Dritte und wenn man davon ausgeht, dass eine 100%-Stelle mit CHF 100'000 berechnet wird, dann wären 80% natürlich CHF 80'000. Dieser Ansatz von einer 100%-Stelle zu CHF 100'000 ist übrigens eher hoch angesetzt.

Nutzen/Auswirkung: Gewährleistung von Einnahmen und Minderung von Ertragsausfällen.

Die FGPK stimmt dieser Stellenerhöhung einstimmig zu.

Stellenerhöhung von 100% beim Betreibungsamt

Hier kam die FGPK schnell zum Entschluss, da der Bedarf ausgewiesen ist. Seit 1. Dezember 2021 übernimmt die Einwohnergemeinde Wohlen auch dasjenige der Gemeinde Dottikon. Die Aufwände werden durch die Vertragsgemeinden vollständig mitfinanziert.

Lohnkosten effektiv: vollständige Finanzierung durch Dritte.

Nutzen/Auswirkung: Gebührenertrag – Einnahmen für Wohlen.

Die FGPK stimmt diesem Antrag mit 7 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zu.

Stellenerhöhung von 100% bei der Regionalpolizei

Bedarf/Begründung: Die FGPK weist auf die minimale personelle Verhältniszahl von 1:700 gemäss Polizeigesetz. Das heisst ein Polizist auf 700 Einwohner. Durch das Bevölkerungswachstum braucht es diesen

Sollbestand (ein Polizist auf 700 Einwohner) damit der Grundauftrag von Ruhe, Ordnung und Sicherheit umgesetzt werden kann. Die FGPK ist der Meinung, dass diese beantragte Stelle mit einem Aspiranten dem zurzeit ausgetrockneten Stellenmarkt der Polizei etwas entgegenwirkt.

Lohnkosten effektiv: wird teilweise durch die beteiligten Vertragsgemeinden mitfinanziert. Für die Gemeinde Wohlen würde der Anteil 53.5% betragen, rund CHF 35'000.

Nutzen/Auswirkung: Der gesetzliche Grundauftrag kann erfüllt werden.

Die FGPK stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Zur Stellenerhöhung von 100% bei der Schuladministration

Bedarf/Begründung: Die Schuladministration wurde im Jahr 2003 mit jeweils einem 25%-Pensum aufgeführt. Seit damals gibt es mehr Schüler und mehr Lehrpersonal. Das Aufgabengebiet hat sich seit 2003 verändert und erweitert. Insbesondere die Personaladministration, welche vom Kanton an die Schulen vor Ort delegiert hat.

Lohnkosten effektiv: teilweise Mitfinanzierung, ca. 10% (Wohlen übernimmt 90%)

Nutzen/Auswirkung: Entlastung der Schulleitung sowie Qualitätssicherung

Die FGPK stimmt diesem Antrag mit 7 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zu.

Stellenerhöhung von 100% beim Bereich Planung, Bau und Umwelt

Die FGPK war überrascht, dass der Gemeinderat die Stellenerhöhungen betreffend Hauswartungen und Reinigungspersonal, welche die FGPK und der Einwohnerrat an der Einwohnerratssitzung vom 7. Dezember 2020 knapp (16:18) abgelehnt hatte, nach sechs Monaten wieder in diesem Bericht und Antrag beantragt.

Zu den 175 Stellenprozente, Punkt A:

- 100% Hauswartung Hofmatten
- 25% P&R-Anlage Bushof
- 50% Hauswart-Stv. Gemeindehaus, Bankweg, Abdankungshalle, Forstwerkhof, Waldhaus

Die 100%-Stelle der Hauswartung der Turnhalle Hofmatten ist plausibel. Im Sinne von mehr Fläche – mehr Reinigung und Unterhalt. Diese Stelle wird teilweise durch Dritte im Rahmen der Schulgeldberechnung mitfinanziert und zwar mit ca. 10%.

Die 25%-Stelle für die Bewirtschaftung der P&R Anlage Bushof ist auch plausibel. Die vollständige Finanzierung durch Dritte (Parkgebühren) ist gewährleistet. Die Stelle finanziert sich selbst.

Die 50%-Stelle für die Hauswartung Stellvertretung, welche im Dezember hier im Einwohnerrat abgelehnt wurde, ist das ungelöste Problem. Die Stellvertretung ist im Moment nicht gewährleistet und die FGPK empfiehlt dieses Problem zu lösen. Zudem bewegen wir uns in einem niedrigen Lohnsegment – wir sprechen hier von CHF 40'000 pro Jahr.

Die FGPK stimmt diesem Punkt mit 5 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zu.

Zu den 195 Stellenprozente, Punkt B:

Hier befinden wir uns beim tiefsten Lohnsegment. Reinigungspersonal im Stundenlohn!

An der Einwohnerratssitzung von die beantragten 35 Stellenprozente für das Reinigungspersonal im Stundenlohn knapp (16:19) abgelehnt. Jetzt beantragt der Gemeinderat zu den 35% noch zusätzliche 160 Stellenprozente.

Bedarf/Begründung: Für die FGPK sind die 195 Stellenprozente aufgrund der zusätzlichen Mietflächen im Schulraumprovisorium Oberdorfweg 9, der neuen Sporthalle Hofmatten, sowie aufgrund zunehmender Vandalismus und Littering nachvollziehbar. Eine angemessene Reinigungsqualität und Hygiene erachtet

die FGPK als wichtigen Bestandteil für den Werterhalt und Instandhaltung der gemeindeeigenen Immobilien.

Die FGPK hat diesem Antrag zu 6 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Zum Schluss möchte die FGPK festhalten, dass die wiederkehrenden Lohnkosten ca. CHF 375'000 betragen, dies mit der Mitfinanzierung Dritter. Die FGPK empfiehlt Ihnen dem Bericht und Antrag 14120 in allen Punkten zuzustimmen.

Ich gebe auch noch gleich das Votum der SP bekannt. Die SP-Fraktion weist darauf hin, dass eine Ablehnung der Stellenprozente im Bereich Hauswartungen und Reinigung negative Auswirkungen auf die verschiedenen Sportvereine, welche die Hofmatten nutzen, haben könnte. Die Vereine müssten entweder mehr für die Benutzung der Hofmattenhalle bezahlen oder ganz auf die Austragungen von Spielen oder Wettkämpfe an den Wochenenden verzichten. Die Vereine sind das Herzstück der Gemeinde und leisten viel für die Gesellschaft und die Gesundheit. Ohne die Sportvereine würde die Dreifachsporthalle keinen überregionalen Charakter aufweisen. Und diese Rahmenbedingung müsste es erfüllen, um die CHF 300'000 vom Swisslos-Sportfonds zu erhalten. Sport- und Bewegungsförderung sind enorm wichtig im Sinne von „Mens sana in corpore sano“ – *gesunder Geist in gesundem Körper*. Die SP wird diesem Bericht und Antrag in allen Punkten zustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke der Sprecherin der FGPK für das ausführliche Votum und die positive Aufnahme des Geschäftes. Der Gemeinderat stellt Ihnen im Rahmen des Finanzplanes sehr ausführlich dar, wohin die Entwicklung der Stellenetatplanung geht. Dahinter steht ein klares Konzept. Anhand von festgelegten Kriterien wird der Stellenbedarf eruiert und beurteilt. Es erfolgt eine Staffelung über mehrere Jahre damit es mit den Finanzhaushalt der Gemeinde vereinbar ist. Die Sprecherin hat die Hintergründe der einzelnen Stellenbegehren bereits erläutert. Aus diesem Grund gehe ich nicht weiter darauf ein. Für etwaige Detailfragen stehen die zuständigen Gemeinderäte gerne zur Verfügung. Ich danke Ihnen jetzt schon für Ihre Unterstützung.

Fraktionsmeinungen

Keller Anna, Grüne: Es handelt sich vorliegend um eine grosse Vorlage. Allerdings ist zu erwähnen, dass uns alles schon, aufgrund des Finanzplanes, bekannt war.

Die neue Stelle in der Abteilung Finanzen kostet uns nicht nur etwas, sondern sie bringt uns auch direkt einen Gewinn. Wenn nämlich in der Abteilung Finanzen nicht genügend Personal arbeitet, so hat dies direkte Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinde Wohlen. Zitat aus dem Bericht und Antrag: „*Der Erfolg des Bezug der Steuern hat direkte Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung.*“

Auch beim Betreibungsamt gilt eigentlich das gleiche wie bei der Abteilung Finanzen – wir können eigentlich nur gewinnen. Zudem sind hier die Gemeinden Hägglingen, Niederwil und bald auch Dottikon mitbeteiligt an den Kosten und natürlich auch an den Dienstleistungen.

Wer schon länger im Einwohnerrat tätig ist weiss, dass der Stellenmarkt für Polizistinnen und Polizisten schon längere Zeit ausgetrocknet ist. Die Einwohnerzahl im Einzugsgebiet unserer Repol wächst aber trotzdem und dies generiert auch mehr Arbeit. In dieser Situation finden wir es eine gute Idee, dass eine Stelle mit einer Aspirantin oder einem Aspiranten besetzt werden soll. So wird eine weitere Person für diese anspruchsvolle Arbeit ausgebildet und die Repol verfügt doch von Anfang an über eine Mitarbeiterin oder Mitarbeiter. Auch diese Stelle wird nicht von der Gemeinde Wohlen allein bezahlt, sondern alle beteiligten Gemeinden finanzieren diese mit.

Je mehr die Schuladministration vom Kanton zu den Gemeinden übertragen wird, umso mehr hat es vor Ort Arbeit. Nach 15 Jahren ist nun endlich der Zeitpunkt gekommen, dieser Situation Rechnung zu tragen und wenigstens diese 100 Stellenprozente zu bewilligen, statt die eigentlich notwendigen 375 Stellenprozente. Was dann doch namhaft mehr wäre.

Eine 100% Stelle für die neue Dreifachturnhalle Hofmatten ist notwendig um die anfallenden Arbeiten erledigen zu können, nämlich genauso, wie in der bereits bestehenden Anlage. Vor allem an den Wochenenden und an den Abenden muss die ganze Anlage betreut werden. Ansonsten müssten nämlich die Vereine, welche zu dieser Zeit dort trainieren, Turniere oder Wettkämpfe durchführen möchten, abgewiesen werden. Das wollen wir Grünen nicht.

Auch die P+R-Anlage, welche neu erstellt worden ist, wird ohne gute Betreuung ganz schnell dreckig und voller Abfall – kurz ungepflegt sein. Das wollen wir auch nicht und unterstützen dementsprechend den Stellenantrag von 25%.

Die 50%-Stelle für die Sicherung der Stellvertretung des Leiters Facility Managers unterstützen wir auch nach wie vor. Das haben wir bei der letzten Beantragung schon gemacht. Wir fragen uns, was denn passiert, wenn dieser aufgrund Ferien, Krankheit oder Unfall abwesend ist. Ein oder zwei Tage gehen ja noch, aber was ist wenn es länger ist? Dann kann das niemand. Der Betrieb muss trotzdem weiter funktionieren. Nur eine eingearbeitete Stellvertretung kann dies jederzeit übernehmen und die umfangreiche Arbeit ausführen.

Und zu Letzt: Wer putzt eigentlich überall den Dreck weg, leert die Abfallkörbe, desinfiziert zusätzlich während der Corona-Pandemie, entfernt die Überreste des Litterings bei der neuen Dreifachturnhalle oder reinigt die zusätzlichen Schulzimmer am Oberdorfweg 9? Das Reinigungspersonal. Das muss bezahlt werden. Obwohl – ich weiss es unterdessen – der Lohn für diese Leute in Wohlen eigentlich beschämend tief ist. Diese Stellen sind besonders wichtig für alle Benützerinnen und Benützer dieser Anlagen. Alle von uns haben gerne sauber und gut unterhaltene Anlagen, denn ansonsten ekelt es uns an, wenn wir da hinein müssen.

Wir Grünen unterstützen aus diesen Gründen auch diese 175 Stellenprozente für die Hauswarte und die 195 Stellenprozente für das Reinigungspersonal – genauso wie die anderen Stellenanträge.

Strasser Denise, FDP: Als eingefleischter Fussballfan hätte ich heute Abend natürlich sehr gerne unsere Fussballnationalmannschaft spielen gesehen. Und weil die Schweizer Nationalmannschaft – ich will es nicht verschreien – im Achtelfinal sowieso immer Endstation ist, hat man als Schweizer noch eine Zweitmannschaft, von welcher man Fan sein kann. Bei mir ist das Frankreich. Aus diesem Grund bin ich doppelt enttäuscht, dass ich das Spiel heute nicht sehen kann oder nur einen Teil davon. Aus diesem Grund wollte ich mich eigentlich auch kurz halten, aber das Traktandum ist mir zu wichtig. Vielleicht halten Sie sich ja etwas kürzer.

Es ist ein halbes Jahr her, als wir Stellen bewilligt haben. So schnell wächst somit unsere Gemeinde. Es gibt uns zu denken, dass es offenbar immer mehr Leute in der Verwaltung benötigt. Gerechnet wird mit einem durchschnittlichen Einkommen von CHF 120'000. Trotzdem haben wir immer sehr hohe externe Honoraraufwendungen. Für eine solche Lohnsumme darf man einen Mitarbeitenden mit einem fundierten Fachwissen erwarten. Ich kann bei mir im Geschäft – zur Absicherung – auch nicht ständig einen externen Rat einholen. Für etwas hat man eine entsprechende Ausbildung respektive Weiterbildung und dann eben auch die entsprechende Position dazu. Also entweder werden Sachbearbeiter eingestellt und man greift weiterhin auf externe Berater mit einem horrenden Stundenansatz oder man stellt Leute mit entsprechendem Fachwissen ein und verzichtet dann aber auf den Rat von Externen.

Betreffend Arbeitsplatz wird in der Privatwirtschaft erst einmal geschaut, wo man mit Umstrukturierungen und Optimierungen mehr Effizienz erreichen kann. Wenn man dann merkt, dass die personellen Ressourcen definitiv zu knapp sind und deshalb mehr Personal benötigt wird, dann schaut man erst mal für einen Arbeitsplatz für die neue Person. Man stellt den Arbeitsplatz bereit bevor eine Person eingestellt wird. In Wohlen wird aber gejamert, es hätte im Gemeindehaus keinen Platz mehr und es seien alle Arbeitsplätze besetzt. Trotzdem werden munter weiter Stellen beantragt. Der Stellenbedarf für die nächsten Jahre ist seit längerer Zeit klar ausgewiesen. Weshalb hat man denn keinen Plan wohin mit diesen Arbeitsplätzen. Hier fehlt unserer Meinung nach der Weitblick. Der Stellenbedarf ist definitiv ein schwieriges Thema. Entscheiden, ob die personellen Ressourcen ausreichen oder nicht und wie effizient in den Abteilungen gearbeitet wird, können wir vom Einwohnerrat nicht wirklich beurteilen. Wir wollen jedoch, dass die Abteilungsleiter und der Gemeinderat sich den finanziellen Aspekt immer vor Augen halten. Es leuchtet uns ein, dass die Arbeit der Finanzverwaltung, seit der Einführung von HRM2, umfangreicher und zeitintensiver geworden ist. Diese Stelle hat bei uns keinen Anlass zur Diskussion gegeben. Es war bereits bei der letzten Stellenbewilligung der Polizei ein Thema, dass man die Stelle lieber erst bewilligt hätte, wenn der Umzug an die Wilstrasse stattgefunden hat. Dieser Ansicht sind wir nach wie vor. Für Stellen, welche wir das letzte Mal abgelehnt haben und jetzt im gleichen Ausmass wieder beantragt werden, haben wir kein Verständnis. Hier wird unser Nein einfach nicht akzeptiert. Es ist uns auch bewusst, dass mehr Liegenschaften auch mehr Unterhaltsarbeiten generieren, aber diese Liegenschaften sind ja erst im Bau. Lange Rede, kurzer Sinn. Wir geben ein Ja zu denjenigen Stellen, welche wir zum jetzigen Zeitpunkt und im beantragten Ausmass als notwendig erachten. Für die anderen beantragten Stellen gibt es von unserer Seite aus ein Nein.

Urech Lüthi Thomas, GLP/EVP: Der Bericht und Antrag 14120 ist bei uns hauptsächlich eine Frage des Vertrauens. Die Frage ist, glauben wir dem Gemeinderat und den verschiedenen Abteilungen, welche diese Erhöhungen sehr gut begründet haben oder glauben wir ihm nicht. Für die Fraktion GLP/EVP ist es klar, auch wenn es im Moment nicht attraktiv ist, die Stellenprozente zu erhöhen, dass man dem Bericht und Antrag zustimmen sollte. Die Annahme des Geschäftes bedeutet für uns, dass

- durch die bevorstehenden Pensionierungen wegfallenden Mitarbeitenden in der Abteilung Finanzen gut und adäquat ersetzt werden, sodass Wohlen ein attraktiver Arbeitgeber bleibt.
- das Betriebsamt für die zusätzliche Mehrarbeit gut aufgestellt ist.
- eine eigene professionelle Polizeiausbildung gute Werbung für Wohlen ist.
- dass die Schuladministration mit zusätzlichen Stellenpensen ausgestattet wird sodass ein gut geführter Betrieb gewährleistet wird.
- dass mit zusätzlichen Hauswarten und Reinigungspersonal unsere bestehenden und neuen Gebäude gut unterhalten werden, damit die Schüler, Dorfbewohner und Vereine eine saubere und perfekte Infrastruktur benutzen darf.

Die Fraktion GLP/EVP wird den Bericht und Antrag 14120 einstimmig unterstützen.

Gregor Michelle, Die Mitte: Ich gebe die Fraktionsmeinung der Mitte bekannt. Die Mitte ist bei den beantragten Stellen nicht immer einstimmig dafür. Mehr Stellen generieren mehr Platz. Im Gemeindehaus wird es laut Gemeinderat betreffend Arbeitsplätzen immer enger, deshalb wurde auch eine Auslagerung einer Abteilung beantragt. Der Mitte ist klar, dass unsere Gemeinde wächst und dieses Wachstum nicht einfach aufzuhalten ist. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner bedeutet Mehrleistungen in der Verwaltung, auch um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Und doch sind da diese immensen Kosten, die auf uns zukommen. Die Stellen im Bereich Finanzen, Betriebsamt, Regionalpolizei und auch bei der Schuladministration sind wir grossmehrheitlich dafür. Die Stellen im Bereich Liegenschaften und Anlagen werden mehrheitlich gutgeheissen, wobei schon ein Fragezeichen hinter diesem Begehren steht, zumal der Einwohnerrat diese Stellen Ende letzten Jahres abgelehnt hat. Die Mitte behält sich vor, je nach potenziellen Anträgen aus dem Rat, bei den Stellen Liegenschaften und Anlagen anders zu entscheiden.

Nicoll Jonathan, SVP: Bevor ich unsere Fraktionsmeinung bekannt gebe, möchte ich den Gemeinderat gerne um eine Erklärung zum Bericht und Antrag 14120 bitten. Es handelt sich um die Ziffer 9, zur räumlichen Situation. Der Bericht und Antrag ist datiert vom 31. Mai 2021 und in der Zwischenzeit ist ja das Referendum erfolgreich ergriffen worden. Unter der genannten Ziffer, dass die notwendigen Arbeitsplätze bereits zur Verfügung stehen respektive organisatorische Massnahmen getroffen werden müssen. Wir möchten wissen, wie man damit umgeht im Zusammenhang mit dem Referendum.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die meisten der vorliegend beantragten Stellen arbeiten auf den Anlagen. Beispielsweise die Hauswarte und das Reinigungspersonal. Bei der Regionalpolizei wird sich der Aspirant die ersten zwei Jahre in Ausbildung befinden und im Anschluss einen Arbeitsplatz haben. Beim Schulleitungssekretariat handelt es sich um Aufstockungen der bestehenden Stellenpensen. Diese arbeiten bereits in den Schulanlagen. Bei der Finanzverwaltung benötigt es organisatorische Massnahmen. Es ist jedoch noch möglich einen Arbeitsplatz zu generieren. Beim Betriebsamt sind die Massnahmen bekannt. Das Platzproblem besteht – wie im Bericht und Antrag ausgeführt – weiterhin. Dies betrifft die Abteilungen Soziale Dienste und Planung, Bau & Umwelt. Dort stehen zu wenige Arbeitsplätze zur Verfügung. Für die in der Vorlage beantragten Stellen funktioniert es einerseits mit organisatorischen Massnahmen und die anderen Mitarbeitenden arbeiten in den Anlagen und nicht im Gemeindehaus. Aus diesem Grund ist es auch umsetzbar, auch mit Blick auf die mögliche Annahme des Referendums.

Nicoll Jonathan, SVP: Im Rahmen von weiteren Kostensparmassnahmen, Überlegungen und auch um ein Zeichen zu setzen, werden wir sämtliche Stellenanträge, bis auf denjenigen der Regionalpolizei, ablehnen. Dies bis zu dem Zeitpunkt, bis bessere Resultate in der Steuerertragskraft ersichtlich sind.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke für die grundsätzlich positive Aufnahme der beantragten Stellen. Ich möchte auf die verschiedenen getätigten Aussagen gerne Stellung nehmen. Generell lösen wir das Problem nicht, wenn wir einfach die Augen schliessen. Der Gemeinderat hat sich für die erneute Stellung der im November 2020 abgelehnten Anträge entschieden, weil das Problem besteht und auch weiterhin bestehen wird. Im Bereich Hauswartung hilft auch eine Digitalisierung nicht. Hier benötigt es einfach für die Umsetzung Man- oder Woman-Power. Wir werden auch zu einem späteren Zeitpunkt mit diesen Anträgen wieder kommen müssen oder halt für externe Unterstützung. Es geht hier um den Werterhalt unserer Liegenschaften. In den Anlagen steckt viel Geld. Wenn man bei diesen den Unterhalt vernachlässigt, wird sich dies zu einem späteren Zeitpunkt, in Form von grossen Sanierungen und Investitionen, rächen.

Bislang stellten wir die Stellenanträge, jeweils nach der Behandlung des Finanzplans, Ende Jahr. An diesem Vorgehen wurde kritisiert, dass die Stellenanträge vor der Budgetbehandlung gestellt werden müssen. Aus diesem Grund legen wir das Geschäft nun vor dem Budget vor. So können die Zahlen dann im Budget berücksichtigt werden. Mit dem Vorziehen gibt es in der Folge eine kürzere Phase zwischen den jeweiligen Antragsstellungen. Die nächste Antragsstellung erfolgt dann wiederum in einem Jahr und dann stimmt der Rhythmus wieder.

Generell alle Stellenanträge abzulehnen, funktioniert so einfach nicht. Wir haben als Gemeinde gewisse Aufgaben zu erledigen. Wir können nicht auswählen, welche Aufgaben das sind, sondern sie werden vorgegeben. Aufgrund des Schulgesetzes besteht die Verpflichtung den entsprechenden Schulraum zur Verfügung zu stellen und diesen auch angemessen zu unterhalten. Dies machen wir alles. Wir haben einen Antrag für den Bau einer Sporthalle und einen für den Bau eines Schulhauses gestellt. Selbstverständlich führt dies dazu, dass es Aufwendungen für die Unterhaltung dieser Anlagen gibt. Es handelt sich nicht einfach um einen Wahlbedarf. Man kann hier nicht einfach auf die Bremse stehen. Das sind gesetzliche Aufgaben, zu deren Erledigung wir verpflichtet sind. Nicht nur wir als Gemeinderäte, sondern auch Sie als Einwohnerräte, haben die treuhänderische Aufgabe mit den Immobilien angemessen umzugehen und die entsprechende Beachtung zu schenken.

Ich möchte noch gewisse Aussagen von Denise Strasser präzisieren. Wenn man den Vergleich von Honoraren von externen Gutachtern der Gemeinden Wohlen mit anderen Gemeinden in ähnlicher Grösse macht, dann sieht man, dass Wohlen nicht mehr ausgibt als diese. Es ist auch nicht so, dass die externen Gutachter beigezogen werden müssen, weil die Mitarbeitenden nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügen. Diese werden nur situativ beigezogen, wenn diese Fachkompetenzen intern nicht aufgebaut werden konnten. Beispielsweise, wenn ein breites juristisches Wissen für eine Fachberatung benötigt wird. Für die Erfüllung solcher Aufgaben sind wir sowohl personell wie auch infrastrukturell nicht aufgestellt. Diese Verknüpfung ist somit so nicht korrekt. Wir berücksichtigen eine durchschnittliche Lohnsumme von CHF 120'000. Diese ist jedoch am obersten Limit. Man muss in der Folge dessen immer schauen, um welche Stellen es geht. Die Sprecherin der FGPK hat bereits erwähnt, dass es um Gesamtkosten von CHF 375'000 für sämtliche heute beantragte Stellen geht, welche die Gemeinde schlussendlich zu tragen hat. Die finanziellen Beteiligungen der Vertragsgemeinden sind in diesem Betrag bereits in Abzug gebracht. Wir stellen somit nicht jemanden an, welcher ein Lohn von CHF 120'000 erhält und noch einen externen Gutachter als Unterstützung erhält.

Zur Aussage, dass die Liegenschaften noch nicht gebaut wurden. Bei allem Respekt, die Tiefgarage geht anfangs September 2021 in Betrieb und die Turnhalle wird im August 2022 fertig sein. Die Hauswartung benötigt es ca. 2 bis 3 Monate eher, um die Technik richtig in Betrieb nehmen zu können. Wir stellen selbstverständlich keinen Hauswart an, welcher dann nichts zu tun hat. Wenn wir jedoch den Antrag erst in einem Jahr stellen, dann wäre dies schlicht und einfach zu spät.

Zu den kritischen Voten möchte ich gerne einige Anmerkungen machen. In der aktuellen Legislaturperiode, also seit 2018, haben wir zwei grosse Infrastrukturprojekte genehmigt. Dies ist einerseits das Projekt Hofmatten im Jahr 2020, bei welchem bereits im Bericht und Antrag das Folgende ausgeführt war: *„Für die neue Dreifachsporthalle wird mit weiteren 280 Stellenprozenten gerechnet.“* Dasselbe steht auch in der Abstimmungsvorlage. In der im Januar 2018 behandelten Vorlage für die P&R-Anlage, Bushof, haben wir demselben heute anwesenden Einwohnerrat bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung und den finanziellen Auswirkungen bereits die Stellenauswirkungen ausgeführt. Wir haben bereits aufgezeigt, dass wir für diese Anlage Personalkosten im Rahmen von CHF 25'000 für die Reinigung und den Unterhalt haben werden. Heute wissen wir sogar, dass es mit CHF 20'000 etwas günstiger wird. In diesem Einwohnerrat gab es keinerlei Widerspruch. Die beiden Geschäfte wurden mit grosser Mehrheit bzw. einstimmig so genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt war somit bekannt, welche Aufwendungen auf die Gemeinde zukommen würden. Für uns als Gemeinderat ist es so schwierig eine Stellenplanung vorzunehmen und es ist schwierig mit Ihnen, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, zusammenzuarbeiten und eine gewisse Planungssicherheit zu erarbeiten, wenn die aufgezeigten Auswirkungen der Bericht und Anträge zwei bis drei Jahre später negiert werden. Sie tragen eine Verantwortung für die Gemeinde als Einwohnerrat. Genauso wie auch der Gemeinderat. Die Verwaltung stellt die Anträge, welche Stelle es benötigt. Die Aufgabe des Gemeinderates und des Einwohnerrates ist es, die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie der Meinung sind, dass es diese Stellen nicht braucht, sprich, wenn es keine Reinigung und keinen Unterhalt benötigt für eine Tiefgarage, dann wären wir froh, wenn Sie das schon bei der ersten Behandlung erwähnen könnten.

Ich gehe davon aus, dass der im Vorfeld angekündigte Antrag von Harry Lütolf noch zur Behandlung gelangen wird. Darin geht es um eine Kürzung von 50 Stellenprozente, welche bereits im letzten Bericht und

Antrag beantragt wurden. Wenn Sie der Meinung sind, dass es nicht richtig ist, Probleme zu benennen, dann bitte ich Sie darum, die richtigen Entscheidungen zu treffen und nicht alles abzulehnen. In diesem Sinn bitte ich Sie ganz herzlich um Unterstützung für diese verschiedenen Anträge. Sie sind alle wohlbegründet. Es ist nicht besonders attraktiv dies zu beantragen, wir würden lieber andere Sachen beantragen. Es ist aber nun einmal die Situation, in welcher sich die Gemeinde Wohlen befindet. Diese Situation ist auch dem geschuldet, dass man es jahrelang verpasst hat, die notwendigen Stellen zu beantragen. Dieses Problem müssen wir jetzt lösen und das geschieht nicht, indem wir die Augen davor verschliessen und einfach Nein dazu sagen. Ich bitte Sie die Anträge zu unterstützen.

Einzelvoten

Läufer Marc, SVP: Ich habe zwei Fragen beziehungsweise Anregungen. Ich danke jedem Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit während der Corona-Zeit. Verübeln Sie uns nicht, wenn wir zu den Stellenanträgen Nein sagen.

Ich möchte wissen, ob Homeoffice ein Thema ist und wenn Ja, wie werden die Mitarbeitenden der Gemeinde dafür entschädigt. Wenn dies für den Gemeinderat ein Thema ist, könnte man dies im Personalreglement entsprechend berücksichtigen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Zu dieser Thematik nehme ich kurz Stellung. Das Thema Homeoffice wird in der Gemeinde Wohlen von Abteilung zu Abteilung sehr unterschiedlich gehandhabt. Das hat damit zu tun, ob es überhaupt möglich ist die Arbeiten von Zuhause aus zu erledigen. Überall, wo es zu Kundenkontakten kommt, zum Beispiel bei Beglaubigungen usw. geht Homeoffice nicht. Es ist in ganz vielen Abteilungen nicht möglich. Bisher wurden diejenigen Mitarbeitenden, welche aufgrund der Corona-Pandemie im Homeoffice arbeiteten, seitens der Gemeinden Wohlen nicht entschädigt. Sollte die Homeoffice-Pflicht demnächst fallen, sieht die Situation wieder anders aus. In der Gesamtüberarbeitung des Personalreglements wird die Thematik sicher entsprechend Berücksichtigung finden.

Lütolf Harry, Die Mitte: Im Vorfeld habe ich die Fraktionspräsidien und den Gemeinderat über meine Änderungsanträge informiert. Diese werden von meiner Fraktion knapp mehrheitlich unterstützt.

An der Sitzung des Wohler Einwohnerrates vom 7. Dezember 2020 wurde auch der Bericht und Antrag 14106 behandelt. Es wurde beschlossen, dass die Stellenanträge für die Hauswarte und das Reinigungspersonal nicht bewilligt werden. Bei den Hauswarten um 50 Stellenprozent und 35 Stellenprozent für Reinigungspersonal. Man kann diesen Entscheid gut finden oder nicht. Der Entscheid des Einwohnerrates ist noch nicht lange her. Ich, als guter Demokrat – ich hoffe Sie auch – können diese Entscheide mittragen. Meiner Meinung nach ist es politisch nicht opportun, wenn nicht sogar vom Gemeinderat unverschämt, wenn man das nach einem halben Jahr wieder vorlegt. Dies mit der Meinung, dass man die Pflicht und Schuldigkeit hat, den Einwohnerrat darauf hinzuweisen. Dass können Sie in fünf oder sechs Jahren wieder einmal machen aber sicher nicht nach einem halben Jahr. Von den Sprecherinnen der SP und der Grünen habe ich als Begründung die beiden Anlage Hofmatten und die P&R- Anlage am Bahnhof gehört. Wenn man den Bericht und Antrag 14106 durchliest, ist darin als Begründung zu diesen Stellenplanerhöhungen mit keinem Wort die Turnhalle Hofmatten oder die Tiefgarage am Bahnhof erwähnt. Der Gemeinderat hat also damals die Stellenplanerhöhungen anders begründet. Also kann man dies jetzt nicht als Argument beziehen. Der Gemeinderat teilt uns im vorliegenden Bericht und Antrag eigentlich explizit mit, dass er das nochmals bringen möchte. Der Gemeinderat schreibt auf Seite 14 des neuen Bericht und Antrags 14120: *"...Die Problematik besteht aber weiterhin und muss gelöst werden. Aus diesem Grunde stellt der Gemeinderat den Antrag nochmals."*

Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Begründungen in Bezug auf die Hofmatten oder die P&R-Anlage. Aus diesem Grund lautet mein Antrag auch nicht auf die gänzliche Ablehnung dieser beiden Stellenerhöhungen. Wir machen hier lediglich eine Reduktion beliebt. Die Anträge lauten wie folgt:

Änderungsanträge zu Ziffer 5: Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau und Umwelt.

- A. *Kürzung um 50 Stellenprozent auf neu 125 Stellenprozent bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Hauswarte).*

- B. *Kürzung um 35 Stellenprozente auf neu 160 Stellenprozente bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Reinigungspersonal Stundenlohn).*

Der Gemeinderat hat in seinem Bericht und Antrag noch eine Schlussbetrachtung gemacht. Diese hat mich sehr irritiert. Wenn man diese nämlich liest, könnte man der Meinung sein, dass es eigentlich egal ist, was wir hier beschliessen, denn der Gemeinderat ist dem Gesetz verpflichtet und kann machen was er will. Der Einwohnerrat kann bei den Stellenplänen und beim Budget noch etwas mitdiskutieren. Der Gemeinderat macht grundsätzlich was er will. Dies darf nun nicht darauf hinauslaufen, dass der Gemeinderat – trotz einer Ablehnung einfach externes Personal für die Reinigung einstellt. Ich verstehe die Schlussbetrachtung des Gemeinderates so.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Finanzen und Ressourcen um 80 Stellenprozente bei der Abteilung Finanzen.*

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

2. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Finanzen und Ressourcen um 100 Stellenprozente bei der Abteilung Betriebsamt.*

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

3. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Sicherheit um 100 Stellenprozente bei der Abteilung Regionalpolizei.*

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

4. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Gesellschaft, Soziales und Bildung um 100 Stellenprozente bei der Schule (Schuladministration Regelschule).*

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen zugestimmt.

Der Änderungsantrag zu Ziffer 5: *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau und Umwelt.*

- A. *Kürzung um 50 Stellenprozente auf neu 125 Stellenprozente bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Hauswarte).*

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der gemeinderätliche Antrag

5. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau und Umwelt*

- A. *um 175 Stellenprozente bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Hauswarte).*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Änderungsantrag zu Ziffer 5: Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau und Umwelt.

B. Kürzung um 35 Stellenprozent auf neu 160 Stellenprozent bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Reinigungspersonal Stundenlohn).

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der gemeinderätliche Antrag

5. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau und Umwelt*

B. *um 195 Stellenprozent bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Reinigungspersonal Stundenlohn).*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ordnungsantrag

Donat Ruedi, Die Mitte: Es stehen noch drei Geschäfte zur Behandlung an. Aus meiner Sicht sind diese nicht so wichtig, weshalb ich basierend auf § 27 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates den Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung stelle. Ich hoffe, dass mein Antrag Unterstützung findet, ich möchte nämlich das Fussballspiel schauen gehen. Wenn er nicht unterstützt wird, werde ich die Sitzung verlassen und das Fussballspiel schauen gehen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie den Ordnungsantrag – sofern er aufrechterhalten bleiben sollte – abzulehnen. Es stehen noch die Behandlungen von wesentlichen Geschäften an. Diese müssen dringendst erledigt werden. Bei der Sitzungstermingestaltung mit dem Einwohnerratspräsidenten Mitte 2020 wussten wir tatsächlich noch nicht, ob die Fussball-EM überhaupt stattfindet und wie gut die Schweiz spielen würde. Ich bitte Sie darum, Ihr politisches Mandat ernst zu nehmen und Ihren Beitrag zu den beiden wichtigen Geschäften zu leisten. Mit kurzen Voten kommt man auch schnell zum Fussballspiel anschauen.

Abstimmung Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

21.24 Uhr Ruedi Donat verlässt die Sitzung.

Bericht und Antrag 14121 Entwicklung Bahnhof Wohlen – Neubau P+R-Anlage – Baurechtsvertrag mit den Schweizerischen Bundesbahnen SBB

Meier Valentin, FGPK: Ich gebe die Empfehlung der FGPK zum Bericht und Antrag 14121 bekannt. Vorneweg, die FGPK hat dem Bericht und Antrag einstimmig zugestimmt. Das Geschäft gab zu wenig Diskussion Anlass. Bemängelt wurde die Baurechtsdauer von 50 Jahren mit einer möglichen Verlängerung von 30 Jahren. Die FGPK hätte sich eine längere Vertragsdauer gewünscht. Die SBB hat sich jedoch offenbar als äusserst harten Vertragspartner gezeigt und auf ihren Positionen beharrt. Umso mehr freut es natürlich die FGPK zu sehen, dass man sich ursprünglichen jährlichen Baurechtszins von CHF 47'000 auf neu CHF 25'000 einigen konnte. Nichtsdestotrotz der Baurechtsvertrag mit dem dazu gehörenden Bericht und Antrag kommt spät. Das Gebäude steht ja bereits – den Unterhalt dafür haben wir ja vorhin abgelehnt. Fast hätten wir in wenigen Monaten ein Einweihungsfest gefeiert. Die FGPK sieht den Bericht und Antrag in einem äusserst engen Verhältnis und als wesentlichen Teil des gesamten Bahnhofprojektes und empfiehlt Ihnen diesen zu genehmigen.

Gerne gebe ich Ihnen noch die Fraktionsmeinung der SP bekannt. Die SP wird dem vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK für die positive Aufnahme des Geschäftes. Die Vertragsverhandlungen mit der SBB für diesen Baurechtsvertrag dauerten tatsächlich lange an. Bei der SBB handelt es sich um einen anstrengenden Partner für uns. Insbesondere deshalb, weil es seitens SBB sehr viel Personalwechsel gegeben hat. Dies hat zu Verzögerungen geführt. Seitens SBB wurde die Aussage getätigt, dass das Geschäft nicht so eilt und der Vertragsabschluss auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme möglich ist. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es sich um ein gutes Werk handelt, insbesondere deshalb, weil man eine Halbierung des ursprünglich angedachten Baurechtszinses erreichen konnte. Leider gab es keinen weiteren Handlungsspielraum bezüglich der Baurechtsdauer. Mit einer Baurechtsdauer von 80 Jahren konnte das Maximum vereinbart werden. Im Baurechtsvertrag ist zudem der Heimfall geregelt, falls es das Bauwerk einmal nicht mehr brauchen sollte.

Diejenigen Fraktionen, welche vorhin die Stellen betreffend der Hauswartung abgelehnt haben würde ich gerne um eine Idee bitten, wie die Gemeinde Wohlen – ohne finanzielle Mittel und ohne Hauswartung – diese neue P&R-Anlage am Bahnhof ab September 2021 unterhalten und reinigen soll.

Für die Zustimmung zum Baurechtsvertrag danke ich Ihnen.

Fraktionsmeinungen

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Wir stimmen dem Antrag zu. Die SBB schliesst offensichtlich keine längeren Verträge ab. Das Gebäude ist jedoch ohnehin nach 35 Jahren abgeschrieben. Die ausgehandelten Bedingungen sind für uns akzeptabel und wir bitten Sie ebenfalls dem Geschäft zuzustimmen.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir unterstützen den vorliegenden Antrag und werden diesen gutheissen, obwohl ich persönlich noch nie geparkt habe. Im Gegensatz zu anderen mache ich etwas gegen CO2. Wir empfehlen das Geschäft zur Annahme. Wir danken zudem der Gemeinde für die gute und harte Vertragsverhandlung in diesem Geschäft.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Vorab einen Dank an dem Gemeinderat für die erfolgreichen Verhandlung bezüglich Baurechtszins. Wir sparen so doch einen rechten Batzen an jährlichen Zinsen ein. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass von dieser Anlage beide Seiten profitieren. Wohlen wird Einnahmen generieren können und die SBB profitiert davon, dass die Reisenden bequem und direkt am Bahnhof parkieren können. Wir „karren“ der SBB also quasi die Kundschaft an. Wir denken daher, dass die SBB uns diese guten Konditionen schon zusichern durfte. Dieses Geschäft gab in unserer Fraktion nicht viel zu diskutieren, die Mitte Wohlen wird diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Läufer Marc, SVP: Ich schliesse mich den Voten der Vorredner an. Die SVP wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Meyer Hans-Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Ich möchte mich kurzfassen. Unsere Fraktion hat den ganzen Baurechtsvertrag sehr genau durchgelesen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass er in Ordnung ist und wir dem Geschäft einstimmig zustimmen können.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung des Baurechtsvertrags betreffend Neubau P+R-Anlage zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB

wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 14122 Reglement über das Parkieren in der Gemeinde Wohlen (Parkierungsreglement) – Revision

Stäger Dieter, FGPK: Das neue Parkhaus bringt eine notwendige Anpassung des Reglements mit sich. Da führt kein Weg daran vorbei. Die FGPK erachtet die Vorschläge des Gemeinderates betreffend der Preisgestaltung sehr sinnvoll. Es ist wichtig, dass die Preise so tief sind, dass die Parkplätze auch tatsächlich benutzt werden und andererseits hoch genug, um andere Parkhäuser nicht zu konkurrenzieren. Im diesem Sinne ist die FGPK einstimmig dafür den Änderungen des Parkierungsreglement zuzustimmen.

Gerne gebe ich noch die Fraktionsmeinung der FDP/Dorfteil Anglikon bekannt. Wir würden es begrüßen, wenn das Thema der Gratisminuten einmal präzisiert werden würde. Es ist immer noch nicht klar, ob das Problem bei den Parkuren behoben wurde. Manche Parkuren zählten die Gratisminuten vollständig und andere wiederum nicht. Zudem stellt sich die Frage, ab wann es wirklich mit dem Zählen beginnt. Beispielsweise wenn man 35 min parkiert. Zählt es dann von der ersten Minute an oder eben erst nach 30 min? Die FGPK sagt jedoch grundsätzlich Ja zu beiden Vorlagen.

Vogt Roland, Vizeammann: Ich danke dem FGPK-Sprecher für die wohlwollende Aufnahme des Geschäftes. Wir haben es gehört, dass Parkhaus am Bahnhof ist neu im Betrieb der Gemeinde Wohlen. Wir können dies für 50 Jahre betreiben. Es gibt Einnahmen, welche in die Gemeindekasse fliessen. Wir haben jedoch auch den Unterhalt zu leisten und wie wir dies finanzieren muss noch angeschaut werden. Das Reglement ist notwendig, denn wir brauchen die Zone 6. Die Inbetriebnahme muss ab August 2021 möglich sein. Ich hoffe auf eine wohlwollende Aufnahme der anderen Fraktionen.

Fraktionsmeinungen

Pascolin Laura, SP: Die SP erachtet die Änderungen im Parkierungsreglement als reine Formalität. Die Zone 6 ist aus unserer Sicht erforderlich und regelt die Benutzung der P&R-Anlage sowie die Parkplätze an der unteren Farnbühlstrasse. Die SP-Fraktion wünscht sich eine kostendeckende Bewirtschaftung dieser Anlage oder sogar zusätzliche Einnahmen. Die SP-Fraktion wird diesem Bericht und Antrag zustimmen.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir werden der neu notwendigen Zone 6 zustimmen. Aus persönlicher und visionärer Sicht würde ich die SVP für eine höhere Gebühreneinnahme unterstützen.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Die Konditionen sind für unsere Fraktion in Ordnung. Es ist auch richtig, dem Gemeinderat einen gewissen Spielraum zu lassen, um die Bewirtschaftung den tatsächlichen Begebenheiten anzupassen oder eben der realen Ausnutzung. Wir werden der Vorlage einstimmig zustimmen.

Meier Daniel, SVP: Die Fraktion SVP ist mit dem Bericht und Antrag 14122 Revision des Parkierungsreglements mehrheitlich einverstanden. Die neue Einstellhalle unter dem Bushof muss auch kostendeckend betrieben werden und somit werden die neuen Parkgebühren auf die neue Park & Rail-Anlage angepasst. Die SVP wird der Revision des Parkierungsreglements zustimmen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Auch wir sehen die Notwendigkeit dieser neuen Zonierung mit der Einführung der neuen Zone 6. Wir geben dem Gemeinderat eine relativ grosse Bandbreite, was die Jahres- und Monatskarten anbelangt. Wenn man die Parkierungsverordnung anschaut, sieht man, dass der Gemeinderat dies nicht voll ausgereizt hat. In der Verordnung schlägt er CHF 1'400.00 für eine Jahreskarte in der neuen Zone 6 und CHF 125.00 für eine Monatskarte vor. Wir bitten den Gemeinderat um eine moderate Ausgestaltung dieser Gebühren. Der Gemeinderat erhält eine recht hohe Bandbreite und damit eine hohe Flexibilität. Er soll aber trotzdem immer schauen, was in anderen Gemeinden verlangt wird. In der Wohnzone kostet beispielsweise eine Parkkarte CHF 600.00. Die Stadt Zürich verlangt CHF 300.00 für eine Jahreskarte. Da muss man sich schon fragen, ob wir nicht etwas zu hoch liegen. Nichtsdestotrotz stimmt die Mitte-Fraktion der Änderung des Parkierungsreglements zu.

21.40 Uhr André Geissmann verlässt die Sitzung.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Uns wurde zugetragen, dass die im Gewerbering befindlichen Parkplätze – man weiss nicht genau wie viele es sind, die Repol spricht von 20 Parkplätzen, andere wiederum sprechen von bis 72 Parkplätzen – dauerhaft gratis genutzt werden. Diese gehören alle der Gemeinde. Sie befinden sich auf gemeindeeigenen Land, direkt bei der Lärmschutzwand beim Gewerbering. Man konnte beobachten, dass dort Dauerparkierer stehen. Fahrzeuge ohne Nummernschilder stehen dort Jahr und Tag herum. Verschiedene Bürger haben sich gefragt, was das eigentlich soll. Weitere Abklärungen haben ergeben, dass offenbar ein Teil dieser Flächen seitens der Gemeinde vermietet worden sind. Von dieser vertraglichen Regelung haben wir nichts erfahren. Dies ist an uns vorbei gegangen. Für andere Parkplätze wurde im Rahmen des Ausbaus der 2. Etappe Gewerbering der Wipac ein Benützungsrecht zugesprochen. Nichtsdestotrotz haben wir dort Parkplätze, welche bewirtschaftet werden müssten, es aber nicht werden. Man müsste aber verhindern, dass Personen ihr Fahrzeug auf immer und ewig dort abstellen. Wenn Sie die Zone 5 anschauen, dann sehen Sie, dass es aktuell möglich ist, unbeschränkt zu parkieren. Dies auch noch gebührenfrei. Das scheint den Sachverhalt nicht ganz so zu treffen, wie man es sich wünscht. Es sollte eigentlich nicht möglich sein, dass man dort auf den gemeindeeigenen Parkplätzen, ohne Vertrag mit der Gemeinde, gebührenfrei und unbeschränkt über Jahr und Tag sein Fahrzeug abstellen kann. Aus diesem Grund drängt sich aus meiner Sicht eine Präzisierung des § 24 auf. Zum Parkierungsreglement stelle ich deshalb nachfolgende, präzisierende Änderungsanträge:

§ 24 Neu: „In den Industrie- und Arbeitsgebieten ist das Parkieren auf der öffentlichen Strasse und Parkierungsanlagen auf öffentlichem Grund von Montag bis Sonntag von 00:00 bis 24:00 Uhr gebührenfrei und zeitlich nicht beschränkt. Der Gemeinderat kann in begründeten Einzelfällen maximale Parkierungsdauern festlegen, um der spezifischen Nutzung einer Anlage damit Rechnung zu tragen. Ferner kann der Gemeinderat mit Anstössern gegen Entgelt oder andere Leistungen Vereinbarungen über die exklusive Nutzung einzelner Flächen von Parkierungsanlagen auf öffentlichem Grund treffen.“

Um dieser Situation der Dauerparkierer am Gewerbering Herr werden zu können – es gibt allenfalls noch andere betroffene Flächen in der Industrie- und Arbeitszone der Gemeinde Wohlen mit ähnlicher Ausgangslage – müsste meiner Meinung nach diese Umformulierung gemacht werden. So erhält der Gemeinderat eine sauber gesetzliche Grundlage um dem begegnen zu können.

§ 3 Abs. 2: Fälschlicherweise ist dort noch von fünf Zonen die Rede. Neu muss es natürlich sechs heissen.

Ich danke für die Unterstützung der Anträge.

Vogt Roland, Vizeammann: Den Antrag des § 3 nehmen wir so zur Kenntnis. Dies ist ein Fehler unsererseits. Der Gemeinderat bittet Sie den Antrag von Harry Lütolf zum § 24 abzulehnen. Wir sehen bei diesem Paragraphen aktuell keinen Bedarf für eine Änderung. Die Formulierung für die Zone 5 wird absichtlich sehr einfach gehalten. Dies hat auch seinen Grund. Dieser Parkplatz wird ausschliesslich von Firmen gebraucht. Mit dem damaligen Verkaufsvertrag wurde auch die Nutzung der Parkplätze geregelt. Die Parkplätze wurden den Firmen zugesprochen. Sie können diese so von Montag bis Sonntag benutzen. Wenn Sie am Sonntag dort durchfahren, dann sehen Sie, dass der Parkplatz praktisch leer ist. Anwohner könnten dort parkieren, ein Bedarf besteht jedoch nicht. Es besteht zudem auch keine Notwendigkeit für einen Betrieb, denn es parkieren nur die Firmen dort. Eine Parkuhr würde nur viel Geld kosten, aber fast keine Einnahmen generieren. Bitte lehnen Sie den Antrag ab. Derzeit braucht es keine Anpassung in der Zone 5.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich kann es nicht ganz nachvollziehen, dass man nicht auf den Antrag eingehen möchte. Heute weiss offenbar nicht einmal die Repol, was am Gewerbering geregelt ist. Es sollten auf Verlangen der Repol Fahrzeuge abgeschleppt werden und plötzlich hiess es seitens Planung, Bau und Umwelt, dass es Verträge für die Nutzung gibt. Das wusste die Regionalpolizei nicht. Es ist nicht so, dass alle Flächen exklusiv vermietet sind. Der Einwohnerrat weiss nicht einmal, wie das monetär abgegolten wird. Es ist auch nicht die Meinung, dass man dort Parkuhren aufstellen soll. Man könnte dies mit Parkscheiben lösen, wie es auch in anderen Gemeinden gehandhabt wird. Diese können selber eingestellt werden und der Fall ist erledigt. Heute ist es allerdings so, dass nicht einmal die Repol weiss, was Sache ist. Ich finde, dass diejenigen Plätze, welche nicht vermietet sind, nicht einfach gratis und ohne Beschränkung von irgendjemanden genutzt werden können. Ich habe diese Informationen von Bürgerinnen und Bürger mitgeteilt bekommen. Ich finde, dass es sich lohnt, es ernst zu nehmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Harry Lütolf stellt Behauptungen auf, welche gar nicht stimmen. Wir haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Situation überprüft. Aufgrund des vorliegenden Antrags haben wir auch jetzt die Verträge angeschaut. Diejenigen Firmen, welche am Gewerbering eine Parzelle erworben haben, haben sich einerseits am Bau der Erschliessungsstrasse beteiligt und andererseits haben sie sich das Nutzungsrecht für die auf der Gemeindeparzelle liegenden Parkplätze gesichert. In den Verträgen ist dies so auch belegt. Es ist auch bei der Firma Wipac, auf welche sich Harry Lütolf bezogen hat, so gelöst. Man hat damals definiert, wo sie die Besucherparkplätze und diejenigen der Mitarbeitenden befinden und hat dies so festgelegt. Die Firmen, welche dort Land erworben haben, haben auch die Nutzung miterworben. Ausserhalb der Arbeitszeiten stehen die Parkplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung. Tatsächlich wird das aber gar nicht genutzt. Es besteht an diesem Ort somit kein Problem, da es ganz klar geregelt ist. Weitere öffentliche Parkieranlagen in Gewerbe- und Industriezonen, welche nicht bewirtschaftet sind, hat die Gemeinde Wohlen nicht. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates den Antrag abzulehnen, denn er hat keine Wirkung.

Abstimmung

Der Änderungsantrag Harry Lütolf

Der § 24 sei wie folgt zu ändern:

In den Industrie- und Arbeitsgebieten ist das Parkieren auf der öffentlichen Strasse und Parkieranlagen auf öffentlichem Grund von Montag bis Sonntag von 00:00 bis 24:00 Uhr gebührenfrei und zeitlich nicht beschränkt. Der Gemeinderat kann in begründeten Einzelfällen maximale Parkierensdauern festlegen, um der spezifischen Nutzung einer Anlage damit Rechnung zu tragen. Ferner kann der Gemeinderat mit Anstössern gegen Entgelt oder andere Leistungen Vereinbarungen über die exklusive Nutzung einzelner Flächen von Parkieranlagen auf öffentlichem Grund treffen.

wird mit 3 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

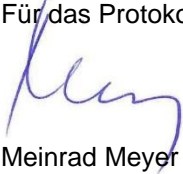
Genehmigung der Revision des Reglements über das Parkieren in der Gemeinde Wohlen (Parkierensreglement) mit Inkraftsetzung per 3. August 2021.

wird einstimmig zugestimmt.

Meyer Meinrad, Präsident: Das letzte Geschäft wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und wünschen Ihnen allen eine gute Zeit und bleiben Sie gesund. Die nächste Sitzung findet wie geplant am 30. August 2021 statt. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Meinrad Meyer
Präsident



Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.